

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abzugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blumstraße 4/6, durch die Handlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 6 und Friedrichshelm-Str. 105, Mathiasstraße 155 sowie durch alle Auswärtiger zu beziehen. Abzugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau
Unverlangt eingekamte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleihen, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blumstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Kohlenäureausbruch im Neuroder Revier

Katastrophe auf dem Kurt-Schacht

**72 Tote, 80 Mann noch im Schacht eingeschlossen — Keine Aussicht auf Rettung
Auch die Nachbarschächte in Mitleidenchaft gezogen — Was ist die Ursache?**

Eine Bergkatastrophe in bisher nicht erlebtem Ausmaß ereignete sich gestern auf dem Kurt-Schacht in Hausdorf im Neuroder Revier infolge eines Kohlenäureausbruches. Das Neuroder Gebiet ist ja wegen der Kohlenäuregefahr bekannt und die Katastrophe von Wenzeslaus im März 1928, die acht Bergleute das Leben kostete, noch in frischer Erinnerung. Gestern aber ereignete sich gegen 16 Uhr auf dem Kurt-Schacht eine Katastrophe, stellt alles in den Schatten, was in Europa überhaupt an Auswirkungen der Kohlenäuregefahr im Bergbau bekannt ist.

Infolge eines Sprengschusses soll — soweit man über feststellen in der Lage ist — ein Gasnest gelöst worden sein, der die beiden Steigerabteilungen 17 und 18 der Untertage absperrte.

189 Mann

im Todesatem des Berges ausging. Die sofort einsetzende Rettungsaktion, an der sich die Bergleute des ganzen Reviers, sämtliche Feuerwehren und die Bergwehren des benachbarten Waldenburger Reviers beteiligten, förderten bis Mitternacht 67 Tote und lebende, aber mit schweren Vergiftungserscheinungen betroffene Bergknappen zu Tage.

Ein Unglück von diesem Ausmaße dürfte in der Geschichte des schlesischen Bergbaus einzig dastehen. Verantwortlich ist der Jammer und die

Berzweiflung der Angehörigen,

bereits die grauliche Gewißheit ereilte, daß ihr näherer Bruder, Vater tot ist, fürchterlich die Unsicherheit, die auf denen lastet, deren Lieben noch eingeschlossen, so gut wie sicher dem größtlichen Ersticken ausgeliefert sind, der durch die Sauerstoffverknappung den Kohlenäureausbrüchen eintritt.

Auch die etwa vierzig geborgenen Bergleute dürften teilweise mit dem Leben davorkommen. Sie kamen aus den Nachbarschächten, die sofort, als der Ausbruch bemerkbar wurde, verstopft, die Wetterdruck aufhoben und zu dichten. Da aber der Gasdruck heftiger war, gelang diese Abdichtung nur teilweise, so daß auch die benachbarten Schächte in Mitleidenchaft gezogen wurden.

Um acht Uhr vormittags

gemeldet, daß bisher 73 Tote geborgen und 80 Mann noch in dem Unglücksschacht eingeschlossen sind.

Nach der letzten, bis 10 Uhr vormittags vorliegenden Meldung sind 81 Tote geborgen. Alle, die bisher noch über Tage befördert werden konnten, befinden sich in der Abteilung 18, die vollkommen unter Kohlenäure liegt, weshalb die Rettungsarbeiten abgebrochen werden, da ein weiteres Vordringen der Rettungsmannschaften mit Lebensgefahr für diese verbunden war. Die Rettung der Rettungsaktion ist auch der Ansicht, daß die Leichen sich noch unter der Erde befindlichen Bergleute tot zu betrachten seien.

Die letzte Meldung

Als letzte Nachricht wird uns vormittags 11 Uhr gemeldet, daß von der 17. Abteilung 70 Mann tot geborgen, von der 18. Abteilung alle dort noch eingeschlossenen 80 Mann als tot anzusehen sind. Bei den Geborgenen der angrenzenden Abteilungen besteht die Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Der Ausbruch, wie weiter gemeldet wird, kam plötzlich und völlig überraschend; er war außerordentlich heftig und intensiv. Die freigeordnete Kohlenäure verbreitete sich mit ungeheurer Schnelligkeit über die zweite und dritte Sohle des Kurt-Schachtes, so daß es den hier in großer Zahl arbeitenden Bergleuten nicht mehr möglich war, sich in Sicherheit zu bringen. Das Unglück war so ungeheuer, daß die Menschen

wie die Fliegen

umfielen. Der großen Heftigkeit des Kohlenäureausbruches ist die ungeheure Zahl der Todesopfer zuzuschreiben.

Wie die Verwaltung der Wenzeslausgrube mitteilt, steht man noch vor einem Rätsel, wie es möglich war, daß sich der Ausbruch auf so große Bergwerke ausbreiten konnte.

Sofort nach Bekanntwerden des Unglücks wurden umfassende Rettungsmaßnahmen entfaltet. Sämtliche Rettungskolonnen des Neuroder Bergreviers führten unter Beachtung größter Vorsicht in die Grube ein und verließen unter Beachtung größter Vorsicht an die Unglücksstätte heranzukommen. Es erwies sich bald, daß das

Unglück viel größer

war, als man zunächst angenommen hatte. Lauteten die abgegebenen Meldungen zunächst auf 12 bis 13 Tote, so mußte doch bald festgestellt werden, daß weit über 100 Bergleute als gefährdet gelten mußten. Die Zahl der Todesopfer stieg außerordentlich schnell. Die Verunglückten brachte man in das Knappschachtslazarett, wo Ärzte und Pflegepersonal Tünder von Aufopferung vollbrachten, die sich den vorzüglichen Leistungen der Rettungskolonnen würdig an die Seite stellten.

Zur Unterstützung trafen aus Waldenburg weitere Rettungskolonnen mittels Autos ein. Vor dem Eingang zu den Betriebsanlagen der Wenzeslausgrube sammelten sich bald nach Bekanntwerden des Unglücks ungeheure Menschenmassen an. Frauen und Mädchen und Kinder forschten in verzweifelter Stimmung nach dem Schicksal ihrer Lieben. Es spielten sich

entsetzliche Szenen

ab. Die 49 Verletzten der Wenzeslausgrube befinden sich in bester Obhut. Zur Abmilderung der Kohlenäurevergiftung wird aus den Nachbarschächten vor allem Sauerstoff in jeder Form zugeführt.

Ach, diese Reichsregierung!

**Sie hält an ihren Vorschlägen fest
Aber sie ist gleichzeitig auch bereit sie zu ergänzen**

Die Reichsregierung beschäftigte sich am Mittwoch abend bis gegen 1 Uhr nachts nochmals mit den Wünschen der hinter ihr stehenden Parteien hinsichtlich der Deckungspläne. Die Regierung kam überein, an den bisherigen Vorlagen festzuhalten, erklärte sich jedoch bereit, sie im Sinne der mit den Parteiführern am Mittwoch vereinbarten Vorschläge für den Fall zu ergänzen, daß diese Vorschläge im Parlament eine Mehrheit erhalten.

Die Demokraten machen neue Vorbehalte

Die Demokratische Reichstagsfraktion teilt mit: „Die Fraktion hat sich am Mittwoch abend mit den ergänzenden Vorlagen zum Deckungsprogramm beschäftigt. Die Fraktion kann vorbehaltlich aller Einzelheiten an weiteren Verhandlungen über das Deckungsprogramm nur teilnehmen, wenn dem jetzigen Programm eine Vorlage über eine Alkohol-Gemeindeverzehsteuer hinzugefügt wird. Die Demokratische Reichstagsfraktion hält einmal die jetzige Vorlage im Hinblick auf die Sanierung der Gemeindefinanzen nicht für ausreichend, sie kann es aber auch nicht verantworten, eine Kopfsteuer einzuführen, ohne den Alkohol zu be-lasten.“

Die Kopfsteuer im Anzuge

Beschränkte Zuschußpflicht an die Arbeitslosenversicherung
Die politische Lage klärt sich. Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Regierungsparteien haben mit der Annahme der letzten von der Volkspartei gestellten Forderungen durch die Regierung geseigt. Der Paragraph 168 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der die unbeschränkte Darlehenspflicht des Reichs für die Arbeitslosenversicherung vorsieht, wird gemäß den Wünschen der Volkspartei entscheidend eingeschränkt. Außerdem hat die Regierung zugestanden, daß die Kopfsteuer der Gemeinden von reichswegen eingeführt wird. Beide Vorlagen werden von den Regierungsparteien als Initiativgesetz eingebracht werden.
Der § 168 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes soll folgenden Zusatz erhalten: „Der Höchstbetrag dieser Darlehen muß vom 1. April 1931 jeweils im Haushaltsgesetz festgelegt werden.“ So harmlos dieser Zusatz erscheint, so gefährlich ist er in Wirklichkeit. Um diese Beschränkung der Darlehenspflicht des Reichs hat die Deutsche Volkspartei seit

Jahr und Tag gerungen. Solange die Sozialdemokratie in der Regierung war, hat sie sie nicht durchgesetzt. Jetzt wird ihre Forderung erfüllt. Die Beschränkung der Darlehenspflicht des Reichs ist deshalb so gefährlich, weil sie, solange die Wirtschaftskrise andauert, den Abbau der Leistungen zwangs-läufig erzwingt. Früher war deshalb auch das Zentrum gegen dieses Verlangen der Deutschen Volkspartei. Noch zuletzt machte es keine Zustimmung davon abhängig, daß wenigstens der Reichsanstalt das Recht auf Erhöhung der Beiträge gewährt werde. Jetzt ist auch diese Forderung fallen gelassen und die Kapitulation vor dem Geldfackelinteresse der Deutschen Volkspartei vollzogen worden.

Ebenso reaktionär und verhängnisvoll wird sich das andere Zugeständnis auswirken: die Kopfsteuer. Noch vor wenigen Tagen hat der Reichsfinanzminister Dietrich die Kopfsteuer ein Abenteuer genannt. Er hat mit den besten Argumenten nachgewiesen, daß die Kopfsteuer niemals die finanziellen Bedürfnisse der Gemeinden erfüllen könne, daß sie in ihrer gleichmäßigen Höhe ungeheuer unsozial wirke und daß ihre Einziehung Verwaltungskosten hervorrufe, die den größten Teil des Ertrages dieser Steuer aufzehren. Er schlug infolgedessen vor, den Gemeinden die Wahl zu lassen zwischen der Einführung einer Schankverzehsteuer und der Einführung der Kopfsteuer. Wenn dadurch auch die Kopfsteuer nicht im geringsten anders zu beurteilen wäre, so hätte doch immerhin angenommen werden können, daß in dem größten Teil der Gemeinden die Schankverzehsteuer zur Einführung gelangt wäre. Jetzt hat die Regierung die Schankverzehsteuer kampflos preisgegeben und die Kopfsteuer akzeptiert. Trotzdem behauptet sie, zu führen und unabhängig von den Parteien zu sein!

Die Kopfsteuer soll einen doppelten Zweck erfüllen. Sie soll erstens die Gemeinden zwingen, ihre sozialen Ausgaben weitgehend einzusparen. Zweitens soll damit die Senkung der Realsteuern durchgesetzt werden. Der Abbau der sozialen Fürsorge in den Gemeinden, der seit langem von der Deutschen Volkspartei erstrebt wird, um ein wichtiges Hindernis für eine weitere Senkung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Altersfürsorge wegzuräumen, wird durch die Einführung der Kopfsteuer und durch ihre Verknüpfung mit der Realsteuern in vielen Fällen nicht zu vermeiden sein. Dinge

...dass die Steuer von Realvermögen entlastet und mit der Kopfsteuer überwiegen die besteuerten Schichten belastet werden.
Die die Kopfsteuer wälzen wird, das kann man sich leicht vorstellen. Die Steuer soll in gleicher Höhe erhoben werden ohne Rücksicht darauf, ob das Einkommen hoch oder niedrig ist, ob es sich um eine Heimarbeiterin oder einen Millionär handelt, ohne Rücksicht darauf, ob jemand nur für sich selbst zu sorgen hat oder eine zahlreiche Familie unterhalten muß. Der Landarbeiter, der jetzt bereits Lohnsteuer zahlt, während sein reichlicher Gutbesitzer sich der Einkommensteuer entzieht, wird künftig von seinem geringen Lohn und bei seiner großen Lebenshaltung ebenso hoch besteuert werden wie der Gutbesitzer, der im Frühjahr an die Äckler, im Sommer an die Rindes und im Winter nach Ägypten oder nach St. Moritz zur Erholung reist. Es scheint sogar als ob selbst der Arbeiter, der Kleinrentner, der Kriegsbeschädigte, der Invalid- und Invalidrentner von dieser neuen Steuer mit erfasst werden soll.

Die Urheber des allerneuesten Regierungsprogramms haben als einen Zweifel daran gelassen, was die wirklichen Wächter mit dieser sonst nur in afrikanischen Kolonien erhobenen Kopfsteuer sind. Sie wollen damit die politische Gleichberechtigung in den Gemeinden zerstören, sie wollen die unteren Volksschichten um die Früchte des allgemeinen Wahlrechts berauben, sie wollen den alten Zustand wieder herstellen, in dem

die Größe des Geldes das Maß des politischen Einflusses bestimmt. Wie werden damit eine Verschärfung des politischen Kampfes erreichen, von der sie heute kaum eine Vorstellung haben. Diese Kopfsteuer ist von viel größerer und viel schmerzlicher Wirkung als die Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine, mit der die Regierung Brünning sich zum ersten Male an die Reaktion verschärft hat. Und wenn damals der Zentrumabgeordnete Schlad die Regierung seines Parteifreundes Brünning als die reaktionärste seit der Revolution bezeichnete, so wird dieses Wort nun aus Millionen Röhren im ganzen Reiches zurückhallen.

In jeder kommenden politischen Auseinandersetzung wird diese Kopfsteuer die entscheidende politische Rolle spielen. Noch hat sie der Bürgerblock nicht unter Dach und Fach gebracht. Aber selbst wenn es Herrn Dr. Brünning in halber Gemeinschaft mit Herrn Hugenberg gelingen sollte, so ist das nur der Anfang und nicht das Ende des Kampfes. Eine Steuer, die jeder sozialen Erwägung entbehrt, die den Grundfähigkeiten steuerlicher Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt, die die politische Gleichberechtigung antastet, wird von der Sozialdemokratie nie gebildet, sondern immer aufs schärfste bekämpft werden. Für oder gegen die Kopfsteuer, das wird die Lösung sein, an der sich die politischen Geister zu scheiden haben.

Abg. Kling (Kamer. Bauernbund) erklärt, seine Rede werde nicht mehr auf die Beirats des Junctins beziehen, bei dem ersten Beratungsvorlagen. Die Finanzkommission sei vor dem Ausschuss durch die viel zu große Zahl der Beamten und die hohen Beamtensgehälter. Der notwendige Beamtensabbau müsse schnell vollzogen werden, wenn man aus dem Beamtentum die Nationalsozialisten und die übrigen Feinde des Staates entferne.

Abg. Naumburg (Chr.) fordert ein Verbot der Erhebung von Anknüpfungsteuer durch die Gemeinden. Die preußische Regierung sei damit schon vorgegangen und der Reichsfinanzminister solle auf die übrigen Länderregierungen in gleichem Sinne einwirken.

Damit ist die Aussprache beendet. — Der Haushalts- und Reichsfinanzministeriums wird in der Ausschussfassung angenommen. — Der Antrag der Wirtschaftspartei, der eine Prüfung verlangt, ob die Beamten der Länder und Gemeinden in gleicher Weise wie die Reichsbeamten eingekauft und befreit sind, wird angenommen. Das Gesetz über die Verlängerung der Vermählungszwang von Inlandweihen wird dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Die dann folgende dritte Beratung des Brotgesetzes beschränkt sich auf Abstimmungen. Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Aufhebung des Zwanges zur Angabe des Stimmgewichts wird in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 183 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Präsident Seeb schlägt vor, die Schlussabstimmung am Donnerstag zu verlagern, weil angesichts der geringen Differenz bei der vorherigen Abstimmung erst das genaue Abstimmungsergebnis festgestellt werden müsse. — Dieser Vorschlag wird angenommen.

Um 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 3. April, auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen.

Kleine Finanzdebatte im Reichstag

Dr. Best gegen das Beamten-Rotzopf — Der Fall Moldenhauer

Schlussabstimmung über das Brotgesetz vertagt

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Feder-Sachsen (Natioz.) führt aus, die Silberdingliche Finanzpolitik sei gekennzeichnet gewesen durch ständische Leichtfertigkeit, die Moldenhauerische durch Kraftmeierei und Brüllerei. Daß ein reicher Mann wie Moldenhauer jetzt vom Reiche 29 500 Mark Jahrespension verlangt, sei geradezu schändlich. Die Reichsregierung habe sich in der ganzen Verwaltung, vor allem auch in der Reichsfinanzverwaltung, der Young-Plan, der in so vielen Rundfunkreden als Rettung gepriesen wurde, hat das Finanzland noch mehr schändlich verschandelt. Statt des Spiegelsystems der Finanzämter sollte man zur Offenlegung der Steuerlisten übergehen.

Abg. Dr. Best (Volksrechtsp.) bekämpft die Deckungsvorlagen der Regierung. Die Beamten würden dadurch drei- und vierfach besteuert obwohl das Realeinkommen der Beamten heute geringer sei als vor dem Kriege. Die Reichshilfe verfolge nicht nur gegen die Verfassung, sondern sie sei auch in ganz unsozialer Weise aufgebaut. In der jetzigen Notzeit sei es nicht angebracht, wenn in den Zeitungen gemeldet werden könne, daß ein Reichsminister zur Befreiungsfeier in einem kostspieligen Salonwagen gefahren ist.

Abg. v. Lindheimer-Wilhan (Chr. Nat.): Ich benutze die Gelegenheit, um einer häßlichen Entee den Hals umzudrehen. Die in der Presse (Zuruf: „Lokalanzeiger!“) mit deutlichem Hinweis auf den Minister Treviranus aufgestellte Behauptung von dem Salonwagen ist eine absolut unwahre, dumme dreiste Erfindung. Minister Treviranus ist in einem gewöhnlichen Schlafwagen-Wagen nach Mainz im Abteil zweiter Klasse von Mainz nach Speyer gefahren. Alle anderen Behauptungen kennzeichnen sich als häßliche Verleumdung. (Hört! hört!)

Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.): Der jetzige Finanzminister Dietrich hat als Abgeordneter zur Zeit des Finanzministers v. Schlabden mit Recht eine Verringerung des zu großen Personals im Reichsfinanzministerium gefordert. Der Reichsparlamentarische Ausschuss hat die Verringerung der Finanzverwaltung zu dem gleichen Ergebnis gekommen sein. Sein Bericht ist entgegen dem Versprechen des früheren Ministers Moldenhauer dem Reichstag bisher nicht vorgelegt worden. Da bitten wir den Minister: Lieber Dietrich, nimm einen Dietrich, öffne die verschlossene Pforte des Finanzministeriums und lasse das überschüssige Personal heraus! (Sehr gut! rechts.) Der Redner dauerte dann, daß der Finanzminister für andere Verwaltungen die Schaffung von Beförderungstellen abgelehnt habe, während die Beamten seiner eigenen Verwaltung bevorzugt wurden.

Abg. Lorgler (Komm.) wendet sich gegen die Ausführungen des nationalsozialistischen Abg. Feder. Feder, der zukünftige Finanzminister Sachlens, hätte sich besser mit der aktuellen Angelegenheit der Kopfsteuer beschäftigen sollen. Diese unsozialste aller Steuern sei von dem Nationalsozialisten Dr. Fried in Thüringen eingeführt worden. Der Kuhhandel der Reichsregierung mit den Regierungsparteien gehe nur um die Frage, wie man möglichst viel aus der Masse der arbeitenden Bevölkerung herauspressen kann.

Der Redner erwähnt dann die Pensionsforderung des früheren Finanzministers Dr. Moldenhauer von beinahe 30 000 Mark und nennt sie das Schandloste, was man sich vorstellen kann.

Während die Kommunisten in laute Hui-Rufe ausbrechen, nähert sich Abg. D. Kahl (Dsp.) dem Abg. Lorgler und sagt ihm, der aufmerksam zuhört: Seien Sie nicht so rash und vorschnell! Dr. Moldenhauer hat sowohl sein akademisches Lehramt wie auch seine sämtlichen Aufsichtsratsstellen niedergelegt! Die Kommunisten rufen lärmend dem Abg. Lorgler zu, er solle weiterreden. Abg. D. Kahl wendet sich erregt gegen die Außer Achtlassung der Worte: Halten Sie gefälligst den Mund, wenn ich mich mit einem ersten Mann ernst auseinandersetze. Ich wollte Herrn Lorgler nur sagen, daß er zu vorschnell ist, wenn er schon jetzt in nahezu beschimpfender Weise von dem Antrag Dr. Moldenhauer spricht, ehe er dessen Inhalt und Begründung kennt! — Abg. Lorgler legt darauf seine Rede fort und fragt den Reichsfinanzminister, ob es richtig sei, daß Dr. Moldenhauer beantragt habe, ihm auf sein Pensionsdienstatte alle möglichen Tätigkeiten anzurechnen, die mit seinem Ministeramt nichts zu tun haben.

Die Herren Großpensionäre

Man will sie in Ruhe lassen

Im Haushaltsausschuss des Reichstages hat es am Mittwoch wegen des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes gegen die Großpensionäre heftige Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und dem Bürgerblock gegeben. Der Bürgerblock will die Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes mit allen Mitteln verhindern. Wenn auch zunächst die Beratung bis Freitag beschlossen worden ist, so ist es anzunehmen, daß am Freitag wiederum die Vertagung in den Herbst verlagert und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen werden wird.

Aus den Ausführungen des Reichsfinanzministers Dietrich im Namen der Reichsregierung den Wunsch nach Vertagung äußerte, ging deutlich hervor, daß der Widerstand nicht bei ihm liegt. Es ist der Druck der Großpensionäre in der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschen Nationalen, der diese Stellung der Regierung herbeigeführt hat. Die Deutsche Volkspartei hat in den interfraktionellen Verhandlungen keinen Zweifel daran gelassen, daß ihre Stellung zu den Deckungsvorlagen entscheidend davon abhängt, daß die Bezüge der Großpensionäre nicht gekürzt werden. Genau so ist es bei den Deutschen Nationalen. Diesem Druck hat Reichsminister Dr. Brünning nachgegeben. Um eine Mehrheit für die Anschläge auf die notleidenden Massen zu gewinnen, wird der Stempel bei den Bezügen der Großpensionäre aufrechterhalten.

Mit der größten Entschiedenheit haben die sozialdemokratischen Redner Herz und Kosmann erklärt, daß die Sozialdemokratie die Vertagung mit allen Kräften bekämpft und die Beratung ihres Gesetzentwurfes nach der Sommerpause erzwingen werde. Geschäftsbürokratische Möglichkeiten dazu seien vorhanden. Das deutsche Volk lehne, daß seine beherrschenden Schichten nicht bereit sind, in der größten Not und Opfer der Massen auf Vorteile zu verzichten, die von einem erheblichen Teil der Bevölkerung als unmoralisch empfunden werden.

Eine bezeichnende Illustration für das Verhalten der bürgerlichen Parteien ist der Fall Moldenhauer. Dr. Moldenhauer hat sich nicht damit begnügt, die ihm nach dem Ministerpensionsgesetz vom 27. März 1930 zustehende Pension in Höhe von etwa 29 000 Mark zu beanspruchen, sondern hat die Anrechnung von früheren Dienstjahren verlangt, durch die die Pension auf 29 100 Mark erhöht werden würde. Selbst in der bürgerlichen Presse findet sein Verhalten scharfe Beurteilung. In demselben Augenblick aber wollen die bürgerlichen Parteien eine gesetzliche Regelung verhindern, die den anderen Großpensionären, bei denen die Zustände teilweise noch verstandeslos sind, einen kleinen Teil ihrer Bezüge nimmt. In „Germania“, dem Organ des Zentrums, wird gesagt: „Dr. Moldenhauer hätte besser getan, seinen Fall nicht unter den Gesichtspunkt des formalen Rechtes zu sehen, sondern unter dem Gesichtspunkt der psychologischen Wirkung und der politischen Lage. In einem Zeitpunkt, wo von weiten Volksteilen erhebliche Opfer verlangt werden, sei es ebenso psychologisch wie unrichtig, außergewöhnliche Ansprüche zu stellen. Das gute Beispiel müsse von oben kommen — nicht von unten. Hier aber ist ein Vorgehen.“

Diese Erkenntnis hat die Zentrumsvertreter gehindert, sich schüchtern vor die Großpensionäre zu stellen.

Keine Bestätigung

für Nationalsozialisten und Kommunisten als Staats- und Gemeindebeamte

Der Preussische Minister des Innern hat am 31. Januar dieses Jahres an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte einen Erlass herausgegeben, in dem für die Bestätigung von Anhängern der nationalsozialistischen oder der kommunistischen Partei als Kommunalbeamte folgende Richtlinien aufgestellt wurden:

Die Bestätigung als leitende Beamte und als hängige Vertreter von Behördenleitern ist ausnahmslos zu verweigern. Angehörige der genannten Parteien sind also insbesondere nicht zu bestätigen als Bürgermeister (Oberbürgermeister), Beigeordnete (2. Bürgermeister) der Magistratsverfassung, Erste Beigeordnete der Bürgermeisterverfassung, Kreisdeputierte, Amtsvorsteher und deren Stellvertreter und Gemeindevorsteher. In allen übrigen Beförderungen und in kommunalen Ämtern sollte die Bestätigung erteilt werden, wenn sich im Einzelfall der zu Bestätigende zu einer pflichtgemäßen Ausübung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteifunktionen durch eine positive Erklärung verpflichtet, und wenn seine Persönlichkeit die Gewähr dafür bietet, daß die Verpflichtung ernst gemeint ist und eingehalten werden wird.

Dieser Erlass hat der Preussische Minister des Innern jetzt durch einen neuen Runderlass dahin geändert, daß Angehörigen der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der kommunistischen Partei auch in Fällen der Abgabe einer positiven Erklärung die Bestätigung als Kommunalbeamte ausnahmslos zu verweigern ist.

Der Prozeß Gerd Wieringer

Geschichte einer Liebe von Julius Wolffsohn

(Nachdruck verboten)

Gerd schüttelte den Kopf. „Das trifft nicht in allen Fällen zu. Ich habe immer gefunden, daß man die Worte, welche sich nur sehr schwer losringen, niemals gern allen profanen Blicken und Ohren preisgibt. Und mit meinen Sachen ging es mir so. Sobald ich sie Gerty vorgespielt hatte, und sie hatten ihr gefallen, war ich zufrieden. Mehr wollte ich nicht. Was hätte mir noch der Beifall anderer bedeuten können? Diese Worte waren nur für zwei Menschen bestimmt, für Gerty und für mich. Später, nach Jahren, habe ich wohl das eine und andere sehr guten Freunden gezeigt. Aber das ist immer nur selten der Fall gewesen.“

„Und später, als Sie mit Gerty nicht mehr zusammen waren, haben Sie da niemals daran gedacht, etwas zu veröffentlichen?“

„Nein, auch da nicht“, antwortete Gerd sehr ernsthaft. „Was ich für Gerty geschrieben habe, gehört ihr. Ich habe es nicht mehr gezeigt. Und so lange ich lebe, bleibt alles verschlossen, als wenn es nie entstanden wäre.“

„Dre. Freundin wäre doch aber höchlich sehr stolz gewesen, wenn —“

Gerd sah den Sprecher an. „Glauben Sie denn, daß ich mich um alles was mich bewegt, die Gertysche Liebe, um ihre Geschichte zu beschreiben? Niemals. Gerty hat das auch nie von mir verlangt. Sie hätte in jedem Fall gesagt, daß sie es nicht wollte.“

„Aber Sie haben doch immer wieder davon geschrieben, daß Sie sich um alles was Sie bewegt, die Gertysche Liebe, um ihre Geschichte zu beschreiben?“

„Nein, auch da nicht“, antwortete Gerd sehr ernsthaft. „Was ich für Gerty geschrieben habe, gehört ihr. Ich habe es nicht mehr gezeigt. Und so lange ich lebe, bleibt alles verschlossen, als wenn es nie entstanden wäre.“

„Ich finde, man kann nur auf Menschen eifersüchtig sein, die man liebt. Aber auf etwas ganz Imaginäres kann ich nicht eifersüchtig sein. Es war in Wirklichkeit etwas ganz anderes. Ich hatte Angst!“

„Angst?“

„Ja, Angst! Denn gegen einen Gegner, den man liebt, kann man sich wehren. Aber wie wollen Sie Unschickliches abwehren?“

„Sprach Gerty denn nicht mit Ihnen darüber?“

„Doch! Doch! Das hat sie wohl. Aber eben die Art, wie sie das tat, war so sonderbar. Sie fühlte sich an diesen Menschen (selbst) gebunden, erklärte sie. Und deshalb könne sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, mir mehr zu geben oder mehr zu sein, als eine gute Kameradin.“

„Woher kam sie diesen Menschen?“

„Sie hatte ihn in Prag kennengelernt, als sie bei Verwandten zu Besuch war.“

„Und was geschah nun weiter?“

„Ich kämpfte um sie. Tag für Tag kämpfte ich um sie. Es verging sehr viele Tage, an dem wir uns nicht sahen. Sie war nicht da. Sie wußte mich nicht aus. Sie verweigerte mir zu erklären, daß eine Frau zwei Männer zugleich lieben könnte, haben in keiner Art, ohne daß dadurch weder dem einen noch dem anderen etwas genommen würde. Sie schrieb mir damals einen Brief, der von ihr in jede Sammlung berühmter Briefe aufgenommen zu werden. Es war die Sprache eines großen Herzens, die mir unerschütterlich und barmherzig — Sie begann mich zu entzücken. Sie ließ sich nicht mehr täuschen. Sie wollte jeden Buchstaben ab. Sie verlangte die geringste Gerechtigkeit. Damals wußte ich, daß sie zu mir stehen würde die Kraft meines Geistes.“

„Wie anders?“

„Ich habe sie nie gesehen. Gerty hat damals nie gelitten. Es hatte ich immer noch geliebt. Das ist die Wahrheit. Ich habe alles abgeschrieben. Ich habe alles abgeschrieben. Ich habe alles abgeschrieben. Ich habe alles abgeschrieben.“

„Ich ebenso schweigend zurück. Da schlang sie unversehbare um meinen Hals und begann zu weinen. So herzzerreißend weinen, wie ich noch niemals einen Menschen hatte weinen sehen. Kein Zureden half. Die Spannung und Erregung vieler Wochen löste sich in diesem Weinstampf.“

„Aber so lange ich lebe, werde ich nicht vergessen, wie Sie mich unter Tränen hat, ihr Gift zu verschaffen, das Sie sterben könnte. Sie versprach mir dafür alles, was ich wollte — selbst ihren Körper!“

„Eine große Erregung war über Gerd gekommen. Im Gesicht sah er das Bild vor sich, das er geschildert hatte. Er dachte an jenen Tag zurück, der von ihm den schwersten Beweis seiner Liebe verlangt hatte. Diese Probe hatte er bestanden. Aber als daran dachte, ob er sie ein zweites Mal bestehen würde, vermochte er nur lächelnd zu lächeln.“

„Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, fuhr er schüchtern fort, daß ich alles mögliche tat, um Gerty auf andere Gedanken zu bringen. Jede freie Minute verbrachte ich mit ihr, und ich war glücklich, als ob sie mit der Zeit ruhiger geworden wäre.“

„Es ist so, daß man einen Verlust leichter erträgt, wenn man weiß, daß man in Wahrheit nicht alles viel verloren hat und wenn dann noch die Liebe eines anderen Menschen einen Teil des Verlustes ersetzt.“

„Nach diesem Erlebnis“, meinte Dr. Garth, „ist es zu verstehen, daß Gerty Ihnen sehr dankbar war, und daß Sie bei demselben Fehler miteinander verbunden waren, denn Sie —“

„Ja“, bestätigte Gerd, „es hat mich noch lange Zeit hindert immer wieder bereuen, daß sie mir nie vergessen wurde, was ich in jener Zeit gewesen sei.“

„Sie haben nur, daß Sie in der letzten Zeit nicht mehr daran gedacht hat!“ sagte der andere darauf.

„Aber das, was jetzt folgt, war es indes nicht gefast genug. Gerty hat sich zu seiner vollen Größe auf und sagte in demselben Augenblick:“

„Herr Dr. Garth! Ich verheirathe, daß Sie auf Frankfurt nicht zu sprechen sind. Denn Sie sind schließlich die mittelbare Ursache von Gertys Schicksal. Ich würde Ihnen abgeben wollen. Gertys Brief und mit Gertys Brief. Ich würde Ihnen abgeben wollen. Gertys Brief und mit Gertys Brief. Ich würde Ihnen abgeben wollen. Gertys Brief und mit Gertys Brief.“

So sieht die Hottentottensteuer aus

Der von der Reichsregierung ausgearbeitete und den Reichstagspartei als Initiativantrag im Reichstag einzubringende Entwurf über die Kopf- und Hottentottensteuer hat folgenden Inhalt:

Die Gemeinden erheben eine Bürgersteuer nach Maßgabe der folgenden Vorschriften: Steuerpflichtig ist, wer in der Gemeinde wohnt. Wer in mehreren Gemeinden wohnt, ist in jeder dieser Gemeinden steuerpflichtig. Die Steuer wird erhoben von den Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind; bei denen die Ausübung des Wahlrechts die Erfüllung ihrer Pflichten voraussetzt; die nicht in der Gemeinde wohnen, aber im Gebiet der Gemeinde eine gewerbliche Tätigkeit ausüben; die in der Gemeinde wohnen, aber im Gebiet der Gemeinde eine gewerbliche Tätigkeit ausüben; die in der Gemeinde wohnen, aber im Gebiet der Gemeinde eine gewerbliche Tätigkeit ausüben.

Die zum Inkrafttreten des Grundsteuer- und Gewerbesteuerengesetzes und des Gewerbesteuerreformgesetzes sind in einer Gemeinde die Gemeindegrundsteuer oder Gemeindegewerbesteuer

1. mit mehr als 100 v. H., jedoch nicht mehr als 150 v. H. des Landesdurchschnitts nur dann erhoben werden, wenn für das Rechnungsjahr ein Zuschlag von 50 v. H. zur Bürgersteuer erhoben wird;
2. mit mehr als 150 v. H., jedoch nicht mehr als 200 v. H. des Landesdurchschnitts nur dann erhoben werden, wenn für das Rechnungsjahr ein Zuschlag von 100 v. H. zur Bürgersteuer erhoben wird;
3. mit mehr als 200 v. H. des Landesdurchschnitts nur dann erhoben werden, wenn für das gleiche Rechnungsjahr ein Zuschlag von 150 v. H. zur Bürgersteuer erhoben wird.

Die Landesregierung bestimmt die Höhe des Landesdurchschnitts der Gemeindegrundsteuer und der Gemeindegewerbesteuer.

Für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Grundsteuer- und Gewerbesteuerreformgesetzes wird die Erhöhung der Zuschläge zur Bürgersteuer in der Höhe der Realsteuervermehrung durch ein besonderes Gesetz geregelt werden.

Vom 1. April 1931 ab ist das Einkommen an Bürgersteuer der Gemeinde zur Entlastung der Realsteuern zu verwenden, abgesehen für die Senkung der am 1. Juli geltenden Gemeindegewerbesteuer, von dieser Entlastung ist der Betrag abzuziehen, der dem voraussichtlichen Einkommen an Bürgersteuer des Rechnungsjahres entspricht. Die Landesregierung bestimmt, in welchem Verhältnis in der Gemeindegrundsteuer und die Gemeindegewerbesteuer zu senken ist.

Die Länder oder nach näherer Maßgabe des Landesrechts die Gemeinden bestimmen die Fälligkeit und die Art der Einziehung der Bürgersteuer. Die Verwaltung der Bürgersteuer obliegt ausschließlich den Gemeinden. Eine Vertragung der Verwaltung auf die Reichsfinanzbehörden ist nicht zulässig; eine Einziehung im Wege der Steuerabzugs vom Arbeitslohn findet nicht statt. Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1930 in Kraft. Für das Rechnungsjahr 1930 werden die Bürgersteuer sowie die Zuschläge zur Bürgersteuer in voller Höhe erhoben.

Nun ist sie zufrieden

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei fasste am Mittwochabend folgenden Beschluss:

„Die Fraktion der Deutschen Volkspartei erkennt an, daß die nunmehrige Umgestaltung der Dedungsunterlagen der Reichsregierung wesentliche Verbesserungen aufweist, die in der Einziehung der Bürgerabgabe, in der Verringerung des § 163 der Arbeitslosenversicherung und in der Ermöglichung weiterer Parzelle im Etat bestehen.“

Mit der Führung der weiteren Verhandlungen ist Scholz beauftragt worden.“

Ist das so peinlich?

Der Reichstag liegt noch immer keine Zusammenstellung der besten Beamtengehälter von Reichsbahn und Reichsbank vor. Reichsminister mahnt den Reichsanwalt

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Reichsminister, hat an den Reichsanwalt eine Erklärung geschrieben, in dem er darauf aufmerksam macht, daß die Regierung die vom Reichstage gewünschte Zusammenstellung über die Bezüge der obersten Beamten der Reichsbahn und Reichsbank noch nicht erlegt habe. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die zwischen dem 12. März 1930 und dem 28. Mai 1930 für die eingehende Beantwortung einer Entschließung des Reichstags an als recht lang bezeichnet werden muß. Inzwischen sei seit dem 28. Mai, zu dem Termin die Regierung die Beantwortung Aussicht gestellt habe, wieder mehr als ein Monat verstrichen, so daß der Reichstag eine Antwort auf die in der Entschließung enthaltenen Fragen erhalten hätte.

Es wird deshalb verlangt, daß die Antwort auf die Entschließung des Reichstags noch vor seiner Vertagung eingeht.

Kopferbrechen

der sächsischen Rechtsparteien

Es klappert nicht mit der „marxistenreinen“ Regierungsbildung. Die am Mittwoch fortgesetzten Besprechungen der Rechtsparteien über die Bildung einer „marxistenreinen“ Regierung sind abermals ergebnislos abgebrochen worden. Man will die Verhandlungen am Donnerstag fortsetzen. Aber selbst in rechtsstehenden Blättern wird sehr kritisch die Auffassung vertreten, daß die Besprechungen der Rechtsparteien keinen Zweck mehr haben.

Im Verlauf der Beratungen wurde auch über die für den nächsten Sonntag angelegte Wahl des Landtagspräsidenten gehandelt. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Man will sich am Donnerstag auch noch einmal über die Wahl des Landtagspräsidenten verständigen. Die Hiltneraner fordern ein „marxistenreines“ Präsidium, obwohl die SPD mit Abgeordneten die stärkste Fraktion des sächsischen Landtages ist. Wahrscheinlich kommt aber ein Präsidium aus einem „nationaldemokratischen“ Präsidenten, einem „nationaldemokratischen“ Vizepräsidenten und einem „nationaldemokratischen“ Vizepräsidenten zustande. Präsident des alten Landtages war der Sozialdemokrat Wöckel.

Die richtige Antwort

Reichsanwalt, 9. Juli. (Eigener Bericht.)

Der braunschweigische Justizminister Steinhilber hat auf den Antrag eines nationalsozialistischen Reichsanwalts um Zulassung als Anwalt folgende Antwort erteilt:

„Nicht als Staatsbeamter, als öffentlicher Beamter“

der Republik sind Sie zum Staatsbeamten ungeeignet. Sie kommen für eine Ernennung also nicht in Frage. Von einer Wiederholung Ihres Gesuches wollen Sie daher absehen.“

Vom ewigen Leben der Geflechte

Die Nordsee ist seit dreiviertel Jahren von den Besatzungstruppen geräumt. Aber immer noch stehen überall an den Stränden die Schilder aus der Besatzungszeit: „Besetztes Gebiet, Territoire occupé, Territoire occupé.“ Dazu die Wegweiser in französischer Sprache. Die Besatzung ist fort, aber ihre Symbole sind noch da! Eine Zeitschrift an die „Königliche Zeitung“ führt darüber Beschwerde, sie erzählt, daß in der Nähe von Blankenheide Arbeiter mit der Ausschleifung der Straße beschäftigt waren, neben ihnen auf hohem Posten ein Schild „Besetztes Gebiet“. Aber weder Arbeiter noch Aufseher hätten daran gedacht, es zu beseitigen. Fort mit den Geflechten! In, so ruft die „Königliche Zeitung“. Ja, so etwas geht in Deutschland lang! Wir haben nun immerhin schon zwölf Jahre lang eine Deutsche Republik, und immer noch findet man an allen Ecken und Enden die Geflechte der Monarchie.

Angreifer Lloyd George abgewiesen

Erregte Sitzung im Unterhaus — Mit 278 gegen 275 Stimmen knopp an der Auflösung vorbei

London, 10. Juli. (Eigener Funkbericht.)

In der Mittwochssitzung des Unterhauses entging die Arbeiterregierung mit 278 gegen 275 Stimmen einer Niederlage und damit das Parlament seiner Auflösung.

Selten hat das Unterhaus eine so erregte Sitzung erlebt wie am Mittwoch bei der Debatte und Abstimmung über einen Antrag zum Finanzetat, der den Betrag der Einkommensteuer um jährlich 7 Millionen Pfund herabsetzen wollte. Churchill und Lloyd George, die Begründer des Antrags, Arm in Arm gegen die Regierung, waren eine sonderbare Weltgemeinschaft und sie lieferten eine Schlacht, in der Snowden viermal auf der Höhe seiner Leidenschaft stand und die ganze Schale seines vernichtenden Hohnes über seine Gegner ausgoß. Nochte auch Lloyd George erklären, er denke nicht daran, die Regierung stürzen zu wollen, er konnte nicht einmal sämtliche Mitglieder seiner eigenen Fraktion davon überzeugen. Der liberale Führer mußte am Schluß der Abstimmung sehen, wie seine eigene Partei in drei Teile zerfiel. Die Konservativen dachten nicht daran, die Liberalen aus der Sackgasse zu befreien, in die sie von Lloyd George hineingemantelert

erhielt. Man gehe nur einmal die bayerische Grenze entlang! Legt man diesen Maßstab an, so werden die Geflechte der Besatzungstruppen im ehemals besetzten Gebiet auch nach zehn Jahren liegen.

Die Polizeibeamten Groß-Hamburgs gegen den deutschen Beamtenbund

Hamburg, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburgs, der dem Deutschen Beamtenbund angegeschlossen ist, erhebt gegen die Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes zum Beschluß der preussischen Regierung über die Zugehörigkeit der Beamten zur Kommunistischen und Nationalsozialistischen Partei scharfen Protest. Der Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburgs hält es aus staatspolitischen Gründen für unbedingt notwendig, den Beamten die Zugehörigkeit zu politischen Parteien zu untersagen, die die Republik mit den schmutzigsten Waffen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Die Groß-Hamburger Polizeibeamtenschaft begrüßt deshalb den Erlass des preussischen Staatsministeriums.

Die Erklärung des Landesverbandes schließt mit der Feststellung, daß die in ihm organisierten Polizeibeamten die Aktion des Deutschen Beamtenbundes gegen die preussische Regierung nicht ruhig hinnehmen werden.

Angreifer Lloyd George abgewiesen

Erregte Sitzung im Unterhaus — Mit 278 gegen 275 Stimmen knopp an der Auflösung vorbei

London, 10. Juli. (Eigener Funkbericht.)

In der Mittwochssitzung des Unterhauses entging die Arbeiterregierung mit 278 gegen 275 Stimmen einer Niederlage und damit das Parlament seiner Auflösung.

Selten hat das Unterhaus eine so erregte Sitzung erlebt wie am Mittwoch bei der Debatte und Abstimmung über einen Antrag zum Finanzetat, der den Betrag der Einkommensteuer um jährlich 7 Millionen Pfund herabsetzen wollte. Churchill und Lloyd George, die Begründer des Antrags, Arm in Arm gegen die Regierung, waren eine sonderbare Weltgemeinschaft und sie lieferten eine Schlacht, in der Snowden viermal auf der Höhe seiner Leidenschaft stand und die ganze Schale seines vernichtenden Hohnes über seine Gegner ausgoß. Nochte auch Lloyd George erklären, er denke nicht daran, die Regierung stürzen zu wollen, er konnte nicht einmal sämtliche Mitglieder seiner eigenen Fraktion davon überzeugen. Der liberale Führer mußte am Schluß der Abstimmung sehen, wie seine eigene Partei in drei Teile zerfiel. Die Konservativen dachten nicht daran, die Liberalen aus der Sackgasse zu befreien, in die sie von Lloyd George hineingemantelert

worden waren. Von 200 konservativen Abgeordneten waren 250 zur Stelle, die geschlossen gegen die Regierung stimmten. Auch während der Abstimmung hofften die Liberalen, die Konservativen würden einen Teil ihrer Leute aus dem Saal kommandieren. Weit gefehlt! Trotzdem sich zwölf liberale Abgeordnete der Stimme enthielten, mußten in letzter Minute vier Liberale für die Regierung einspringen, was gerade genügte, um dem Kabinett eine Mehrheit von drei Stimmen zu geben und das Unterhaus vor der Auflösung zu bewahren.

Von der Arbeiterpartei wurde das Ergebnis mit minutenlangen jähren Demonstrationen aufgenommen. Aber der Beifall und das Glückwünschen galten nicht der Drei-Stimmen-Mehrheit, sondern der schweren Niederlage, die Lloyd George und die Liberale Partei verbittert durch ihr Verhalten erlitten hatten. Zum Schluß gab es im Saal eine lebhaft einanderbezügung zwischen einzelnen liberalen Abgeordneten und vor allem zwischen Lloyd George und Herbert Samuel, weil sich dieser der Abstimmung enthalten hatte. Welche Folgen das Verhalten von Lloyd George für das Zusammenarbeiten zwischen Liberalen und Arbeiterpartei in der Arbeitslosenfrage haben wird, muß abgewartet werden.

Wieder Spannung in Warschau

Vorbereitungen zum Prozeß gegen die Krafauer Prozeßteilnehmer

Warschau, 9. Juli.

Dem 10. Juli wird in politischen Kreisen Warschaws mit einiger Spannung entgegengesehen, da eine Beschlußfassung der Links- und Mittelparteien über einen Vorschlag der Nationaldemokraten erwartet wird, die einen gemeinsamen Schritt der gesamten polnischen Opposition beim Staatspräsidenten zwecks Einberufung des vertriebenen Sejms zu einer neuen außerordentlichen Tagung angeregt haben. Wie immer vor wichtigen Schritten der Opposition, taucht wieder das Gerücht von der Absicht der Regierung auf, das Parlament aufzulösen. Diesmal glaubt man indessen dem Gerücht insofern mehr Bedeutung beimessen zu müssen, als der Regierung im Zusammenhang mit dem angekündigten Prozeß gegen die Teilnehmer an dem Krafauer Oppositionskongreß an einer Aufhebung der Immunität der beteiligten Parlamentsmitglieder gelegen ist. Ein christlich-demokratisches Blatt behauptet, der Plan, den Sejm aufzulösen, um die in Krafau hervorgetretenen Abgeordneten verhaften zu können, gehe auf einen persönlichen Wunsch Pilsudskis zurück. Die Voruntersuchung gegen die Krafauer Kongreßmitglieder ist übrigens formell noch nicht eingeleitet. Ein vom Justizminister Car nach Krafau abgesandter hoher Ministerialbeamter ist soeben nach Warschau zurückgekehrt, um dem Minister Bericht zu erstatten. Der „Gazet“ nimmt an, daß es zu einem Prozeß überhaupt nicht kommen wird, da die Aburteilung der Kongreßteilnehmer vor dem Schwurgericht mit einer „triumphalen Freisprechung der Angeklagten“ enden würde.

Russische Staatsbank verhandelt mit der Bank von England

Nach Meldungen aus Moskau hat die russische Staatsbank im Zusammenhang mit der Erweiterung der russisch-englischen Handelsbeziehungen beschlossen, Verhandlungen mit der Bank von England aufzunehmen. Der Sowjetbotschafter in London Sokolnikow ist beauftragt worden, die Verhandlungen mit dem Gouverneur der Bank von England einzuleiten. Die Verhandlungen bezwecken den Abschluß eines Abkommens nach dem Muster der zwischen der russischen Staatsbank und der Reichsbank bestehenden Vereinbarungen.

Die „Säuberung“ der Sowjet-handelsvertretungen

Die „Nichtheimkehrer“

In seinem Bericht über den Sowjetapparat machte Dr. Bronshtejn, der Vorsitzende der Zentralkommission, interessante Angaben über die Sowjethandelsvertretungen im Ausland. Der Zustand in den meisten dieser Handelsvertretungen bezeichnete er als „schlecht“ und „beunruhigend“. Man habe diesen „Apparat“ streng kontrollieren und sehr stark einschränken müssen, von 2500 Angehörigen sind nur 1400 auf ihren Posten besetzt worden. Als eine ganz besonders tadelnswerte und besorgniserregende Erscheinung hob der Referent hervor, daß eine große Zahl von ehemaligen Angehörigen der Sowjethandelsvertretungen im Ausland sich weigert, in die Sowjetunion zurückzukehren. Für diese Gruppe gibt es bereits die Bezeichnung „Nichtheimkehrer“. 1928 wurden 38 solche Fälle registriert, 1927 waren es 26, 1926 betrug die Zahl 32, im vorigen Jahr 65 und im ersten Halbjahr 1930 sind bereits 43 „Nichtheimkehrer“ zu registrieren. Es handle sich dabei keineswegs nur um Parteimitglieder, sondern, „zu unserer Schande sei es gesagt, auch um Parteimitglieder.“

Moskau und die ungarische Königsfrage

Die offiziellen „Iswestija“ betrachten auch das ungarische Königsproblem wie so viele andere außenpolitische Fragen im Zusammenhang mit der „Antifront“: der ungarische „Faschismus“ halte den Augenblick für die Wiedererrichtung der Monarchie in Ungarn für sehr günstig, weil die sowjetfeindliche Einstellung der Kleinen Entente diese nötige, sich mit Ungarn zu verständigen, um im Fall eines Krieges gegen die Sowjet-Union Rückendeckung zu haben. Ungarn wolle offenbar für die Zustimmung zur Einsetzung eines Königs diesen Frankreich und der Kleinen Entente als Führer ungarischer Landstrebte anbieten, die in die Antifront eingereiht werden könnten. Nach Meinung der „Iswestija“ würde aber Ungarn dabei schwer betrogen werden. Es hoffe offenbar als Königreich die ihm entzifferten Landestteile wiedergewinnen zu können und das würden die von Frankreich gelenkten Vasallen niemals zulassen.

Die Exklave als politischer Naturschutzpark

Es geht nicht über die deutsche Kleinstaaterei. In Preußen ist das Tragen nationalsozialistischer Uniformen verboten, in U. S. A. nicht. Also gehen die Nationalsozialisten, die in Preußen in der Nähe von Anhalt wohnen, einfach über die anhaltische Grenze, wenn sie in Uniform aufmarschieren wollen. Die Nationalsozialisten von Schweden und Estland in der Nähe von Wladimir haben es ebenfalls einfach. Zwischen beiden Estland über die anhaltische Exklave. Es ist ein Naturpark für Naturschutz und ähnliche Spezialitäten geworden. Hat jeden Sonntag erhält die Besuche, ist es von Nationalsozialisten, ist es von Kommunisten. Dort herrscht die volle Unfreiheit und die preussischen Behörden dürfen an den Grenzen stehen und prüfen. Ein solches Kleinstaaterei, die politische Geographie Deutschlands trägt ungeheure Möglichkeiten!

Vermischtes

Der Besuch rührt sich

Wenn der Herrscher Italiens Feuer und Granaten spuckt, kann ein Vulkan ihm nicht nachsehen. In den letzten Tagen hat sich der größte europäische Vulkan, der Vesuvius bei Neapel, wieder lebhaft bemerkbar gemacht. Starke Explosionen am Krater wurden von Lavaauswürfen begleitet, die wesentlich über die üblichen Erscheinungen am Krater hinausgingen. An der Westseite entstand dabei eine neue Öffnung, aus der die glühende Masse herausquoll.

Primarola und das Scheidbuch

Wegen Scheidwinds wurde am Dienstag in Nizza eine internationale Beilichtheit verurteilt. Es handelt sich um ein Verbrechen in Nizza, die in der Lebewelt unter dem Namen „Primarola“ Beilichtheit erlangt hat. Sie war es, die zahlreiche gefürchtete Europäer und der übrigen Erdteile mit Gewalt und Diskretion bei ihren ersten Schritten auf dem Pfad der Sünde leitete.

Für ihre „unabhängigen“ Dienste hatte sie sich vom russischen Kaiser den Namen „Damas“ gesichert erhalten, der aus dem Namen der französischen Königin Marie Antoinette kam und von ihr dann später ein anderer Name, der heißt „Primarola“ wurde. Sie hat die hübsche Summe von zehn Millionen Franken abtaucht. Im Zusammenhang mit dieser Verurteilung wurde in Nizza ein Verbrechen verurteilt, das die Beilichtheit zur Beilichtheit ungedeckter Sünde in Höhe von einigen hunderttausend Franken zu setzen. Das Verbrechen ist der sogenannte „Primarola“ und hat es bei einer Beilichtheit von 100 Franken verurteilt.

WERTHEIM

BRESLAU 5

Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Sowohl Vorrat. Leichtverderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Obst	Geflügel
Bananen . . . 3 Pfund 0.95	Hühner gebraten, Pfd. v. 0.78 an
Tomaten . . . Pfund 0.18	Gänse . . . Pfund v. 1.15 an
Kirschen . . . Pfund 0.22	Enten . . . Pfund v. 1.25 an
Johannisbeer, Pfd. 0.24	Rehblätter Pfund v. 1.05 an
Stachelbeer, Pfd. 0.24	Rehkeulen . . . Pfund 1.70
Tafeläpfel . . . Pfund 0.45	Tauben . . . Stück 0.78
Zitronen Dutzend von 0.65 an	Eier . . . 10 Stück von 0.75 an
Erdnüsse . . . Pfund 0.38	

Wurstwaren	
Zerelatwurst Holstein, Dauerwurst Pfund 1.70	Zerelatwurst mit Fettdarm . . . Pfund 2.00
Blut- u. Leberwurst Hallesche Pfund 0.75	Salami Holstein, Dauerwurst Pfund 1.70
Knoblauchwurst 0.95	Zerelatwurst Westfälische . . . Pfund 1.95
Rückenspeck Pfd. 0.95	Salami Westfälische, Pfund 1.95
Schinkenwurst in Ringen . . . Pfund 1.50	Pasteten Leberwurst Pfund 2.00

Käse und Fett	
Camembert vollfett, Schachtel 0.22 u. 0.18	Schweizer Käse, 1/2 Dtl. 0.80
Limburger . . . Pfund 0.48	Tilsiter ohne Rinde halbfett 1-Pfund-Block 0.82
Holländer vollfett, Pfd. 0.90	Margarine Pfd. 0.58 und 0.50
Edamer halbfett . . . Pfund 0.72	Kokosfett 1 Pfd.-Tafel 0.50
Schweizer bayr. vollfett . . . Pfund von 1.38 an	Bratenschmalz Pfd. 0.56
	Molk. Tafelbutter, Pfd. 1.59

Frisches Fleisch	
Schweinekopf Pfund	0.50
Schweinerücken mit Beilage Pfund	1.00
Schweineschinken mit Beilage Pfund	1.10
Querletzte Pfund	0.78
Schmorfleisch mit Knochen Pfund	1.10
Schmorfleisch ohne Knochen Pfund	1.10
Kalbskamm Pfund	0.82
Kalbsnierenstück Pfund	0.88
Hammelvorderfleisch Pfund	1.00
Hammelkeule Pfund	1.10
Gehacktes u. Lungenfett Pfund	0.75
Gulasch Pfund	0.80

Fruchtsäfte	
Himbeersaft mit Kirchw. gedunkelt 1/4 Fl.	1.30
Himbeersaft extrafein 1/4 Fl.	1.60
Johannisbeersaft 1/4 Fl.	1.40
Zitronensyrup 1/4 Fl.	1.40
Himbeersaft (lose vom Faß) Liter	1.40
Skisyrup Zitronen- und Himbeersaft Liter	1.40

Wein	
Bergabener Letten, Pfälzerwein, Flasche	0.80
Obstsekt	1.20
Malvasier, weiß und rot	1.00
Johannisbeerwein, extra Liter	0.80
Johannisbeerwein, fein	0.70
Malaga	1.30
Cyder Apfelwein	0.60
Taragona	1.20

Konserven	
Vierfrucht Marmelade 2-Pfd.-Eimer	0.82
Pflaumen-Konfitüre 2-Pfund-Elm.	0.95
Orangen-Konfitüre 2-Pfund-Elm.	1.15
Aprikosen-Konfitüre 2-Pfund-Elm.	1.15
Johannisbeer-Konfitüre 2-Pfund-Elm.	1.25
Kirsch-Konfitüre 2-Pfund-Elm.	1.35
Erdbeer-Konfitüre 2-Pfund-Elm.	1.40
Bienenhonig garantiert rein, Glas 500 Gr.	1.20
Corned-Beef Dose	0.90
Würstchen 5 Paar Dose	0.90
Tafelöl Flasche	0.50
Portug. Ölsardin. Dose	0.30
Tafelbirnen 1/4 Dose	0.60
Mirabellen 1/4 Dose	0.90

Besonders billig! Glas, Porzellan, Wirtschaftsartikel Verkauf im Erdgeschoß

Am 8. Juli, früh 2 Uhr, verschied nach schwerem Leiden mein innigstgeliebter Gatte und mein lieber Vater, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel, der **Gaststättenleiter**

Albert Schiebe

im besten Mannesalter von 45 Jahren.
In tiefstem Schmerz
Anna Schiebe, geb. Rambeck
und Tochter Emmi.

Beerdigung: Freitag, den 11. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle I (Tor 2) der Oswitzer Friedhöfe. 7611

Am Montag, 7. Juli, verschied unser langjähriger, treuer Genosse, der **Tischler**

Adolf Mohsche

im Alter von 63 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Genossen und Genossinnen des **Districts 2 des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Breslau**
Einäschung Freitag, 11. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gräbchen. 7613

Am 7. Juli verschied unser lieber Sangesbruder

Adolf Mohsche

im Alter von 68 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der **Sängervereinigung „Treue“**
Einäschung: Freitag, den 11. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in Gräbchen. 7614

Am 7. Juli verstarb unser Freund und Verbandskollege der **Malzer**

Adolf Mohsche

im Alter von 68 Jahren
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der **Verwaltungsstelle Breslau**
Einäschung Freitag, nachmittags 4 Uhr im Krematorium Gräbchen. 7610

Zu allen Krankenhäusern zugelassen

Dr. med. F. Littauer

prakt. Arzt
Totat Bohrauer Str. 19, Ecke Augustastr.
(Roland-Apotheke)
Sprechstunden: 1-3-4, Telefon 33798

Rufe - Garten * Scheitnig
Jeden Freitag **Großes Kinderfest** Eintritt frei!

1 Waggon enorm billiges **Preßglas**

Helle, klare Qualität in reizenden, neuen Mustern

Kompotteller od. Schälchen Stück 7 Pf.
Kompottschüsseln 21 cm groß Stück 50 Pf.
Zuckerschalen auf Fuß . . . Stück 15 Pf.
Butterdosen mit Deckel . . . Stück 22 Pf.
Räseglöcher in hübschen Mustern, Stück 44 Pf.
Zitronenpressen Stück 12 Pf.
Starke Milchgläser 1/2 Liter in Stück 16 Pf.
6 gr. massive Wassergläser aus 75 Pf.

Eine besonders günstige Gelegenheit für Gastwirte

Schoppen-Gläser

gefüllt 6/30 oder 5/20 Liter, durchweg 39 Pf. Stück

Eissschalen auf Fuß Stück 30 Pf.
Jardiniere auf Fuß Stück 95 Pf.
Rahm-service 5 Stücker Stück 95 Pf.
Nachenteller circa 29 cm Stück 50 Pf.
Salatschüsseln oval Stück 95 Pf.
Seltengläser auf Fuß Stück 25 Pf.
Aschenbecher stark Stück 50 Pf.
Glasbletts 4 edlg. schönes Muster Stück 50 Pf.

LIBICH
Täglich 8-10 Uhr, die besten Randow-Revue

Komm zu mir
in Herrn **Lehmann** und den entzückenden **Wasschen - Girls**
Die besten Rosen gelangen täglich zur Verteilung
Rat 346 46

Wilschek
Fischer u. Chem. Anlagen
Palaststr. 38a, Tel. 27061

retail für
wäscht
innerhalb 3 Tagen mit Wasser und billiger
Abholung und Zustellung
Kontakt

kleine Anzeigen
in der Zeitung
billig u. wirksam

Unsere bekannt guten mundgeblasenen **Einkoch-Gläser** werden jahraus, jahrein von den Hausfrauen gerne gekauft!



Bresson Glasfabrik

Verband der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter Ortsgruppe Breslau

Die Verbandstagswahl
findet statt:
Für die Mitglieder des früheren Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter am **Sonntag, den 13. Juli 1930, von 10-16 Uhr, in den Lokalen:**
Hoffmann, Grenzhausgasse,
Wolff, Schmiedestraße,
Görlich, Böhmstraße.

Für die Mitglieder des früheren „Denag“ am **Donnerstag, den 17. Juli 1930, von 11-19 Uhr, in den Lokalen:**
Kiener, Kreuzstraße,
Reichelt, Weitenstraße 60,
Medler, Sudenstraße 95,
Klose, Kl. Großengasse 23.

Für die Mitglieder des früheren Zentralverbandes der Fleischer, am **Sonntag, den 13. Juli 1930, von 10-14 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3** und am **Donnerstag, den 17. Juli, von 10-12 Uhr und von 16-19 Uhr, im Lokal**
Springer, Promnitzstraße 1.

Für die Mitglieder des früheren Böttcherverbandes, am **Sonntag, den 13. Juli 1930, von 10-14 Uhr, im Lokal**
Grünes Bergel, Kupferhammerstraße.

Luna-Park
Direktion E. Strachotta
Breslau - Morgenau - Tel. 55604
Straßenbahn-Verbindung bis zum Luna-Park.
Heute sowie täglich:

Varieté-Vorstellung
mit internationalem Programm
Anfang 4 Uhr. Eintritt 25 Pf.

Täglich:
Abendvorstellung mit Ball
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. einschl. TANZ

Bettfedern
kaufen Vertrauenssache
in der **Bühnlichen Bettfedern-Niederlage**
Friedrich-Wilhelm-Str. 45 (Klein-Garten)

2 Betten
Gute u. schöne, pol. 150 in Polster u. Matratze
Preis 100
K. H. H. H. H.
Matratzenfabrik 132.

Arbeitslojen
Tag und Nacht durch Selbstherstellung kostengünstig
von 4.50 bis 10 Pf.
Burgstraße 7, Krywalski.

Gruscha
Kupferhammerstraße

Tischlotterien
Quadratmeter 2.75
Friedländer, Sonnenstr.

Druckerlei Boltzman
fertig moderne Druckerei
Breslau 2 Klützstraße

Berläufe

4/16 Opel Limousine
in bester Verfassung, billig zu verkaufen. Malerei-Str. 88/100. Tel. 248

Bönnchen
für Ehepaar
mit Kind und preiswert
Leerzimmer
gesucht. Offert. mit Beschreibung an die Geschäftsstelle der Zeitung erbeten.

Kaufe
Hausvermietung
2 Zimmer und Küche in gleich großer, ohne Verbot ob. Hausvermietung im Neubau, Geg. Süden ob. Süd. Tor. P. Wollke, 30

kleine Anzeigen
und tumpere geistig empfindliche Anzeigen von 10 bis 100 Pf. an der Geschäftsstelle der Zeitung

kleine Anzeigen
für erhaltener Stadthaus (Schwarzer Sommerberg) normale (1/2) zu verkaufen. Dahn, Friedrich-Wilhelm-Str. 88, Vorderhaus

kleine Anzeigen
für erhaltener Stadthaus (Schwarzer Sommerberg) normale (1/2) zu verkaufen. Dahn, Friedrich-Wilhelm-Str. 88, Vorderhaus

Breslauer Nachrichten

Einweihung der Werderbrücke

Die hätte auch die neue Brücke den Menschenstrom nicht fassen können

gestern nachmittag ist die über die Nordoder errichtete Werderbrücke dem Verkehr übergeben worden. Lange vor dem Einweihungstag sammelten sich an allen Stellen, von denen aus der neue Bau zu sehen, große Menschenmassen, die sich nicht nehmen lassen wollten, unter den ersten zu sein, die die neue Brücke passierten.

Der Bau gab zunächst Magistratsbaumeister Steinwender einen Überblick über den Bau, wobei er auch einige bemerkenswerte Angaben über Materialaufwand erwähnte. So hat der neue Bau außer 1.000.000 Kilogramm Zement, 50.000 Kubikmeter Sandstein, 520.000 Kilogramm Stahl und 18.000 Kubikmeter Holz erfordert.

Der Bau gab zunächst Magistratsbaumeister Steinwender einen Überblick über den Bau, wobei er auch einige bemerkenswerte Angaben über Materialaufwand erwähnte. So hat der neue Bau außer 1.000.000 Kilogramm Zement, 50.000 Kubikmeter Sandstein, 520.000 Kilogramm Stahl und 18.000 Kubikmeter Holz erfordert.

Der Bau gab zunächst Magistratsbaumeister Steinwender einen Überblick über den Bau, wobei er auch einige bemerkenswerte Angaben über Materialaufwand erwähnte. So hat der neue Bau außer 1.000.000 Kilogramm Zement, 50.000 Kubikmeter Sandstein, 520.000 Kilogramm Stahl und 18.000 Kubikmeter Holz erfordert.

Hundsfelder können nicht Baden gehen

Wiederholte Zuschriften veranlassen uns auf einen Zustand in Breslau-Hundsfeld hinzuweisen, der gerade in den heißen Tagen als unerträglich empfunden wird. Hundsfeld befindet sich in einer ungünstigen Lage, die ein Baden unmöglich macht.

Wohnungsmieter in der Steinauer Straße

Die in der Steinauer Straße wohnenden Mieter sind über die hohen Mieten sehr unzufrieden. Sie fordern eine Minderungskommission, um die Mieten auf einen vernünftigen Grad zu senken zu lassen.

Wann muß ich zum Schiedsmann gehen?

Wer die Bedeutung der heutigen Schiedsmanns-Einrichtung nicht kennt, der weiß auch nicht, mit welchen Vorteilen ein Schiedsmann zu kämpfen hat. Es ist kein leichtes Amt, auch keines von jenen, durch das man zu Ehren und Würden gelangt.

Für ihn besteht die vornehmste Aufgabe, nach Möglichkeit jeden Streit im Keime zu ersticken, feindselig gelonnene Parteien zu vereinen, sie wieder zu guten Nachbarn zu machen. Ausnahmefällen, wie sie der Schiedsmann in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten oder Strafsachen zu geben vermag, geschwehen kostenlos.

Handelt es sich z. B. im Falle einer bürgerlichen Rechtsstreitigkeit über vermögensrechtliche Ansprüche (§ 121 S.O.), oder in Strafsachen (§ 33 S.O.), bei den nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehen des Hausfriedensbruchs (§ 123 StGB.), der Beleidigung (§ 185 bis 187 StGB.), der Verleumdung (§ 223 StGB.) und der fahrlässigen Körperverletzung (§ 250 StGB.), der Sachbeschädigung (§ 303 StGB.), sowie bei dem Vergehen der Bedrohung (§ 241 StGB.), so ist der Schiedsmann die zum Zwecke der Sühneverhandlung zuständige Vergleichsbehörde.

Wie groß aber die Unwissenheit über die Zuständigkeit des Schiedsmanns heute noch in der Bevölkerung ist, beweist folgender Fall: Eine Frau ist in einer Streitigkeit mit ihrem Nachbar, von diesem als „Polak“ benannt worden (§ 185 StGB.). Sie geht darauf zu einem Rechtsanwalt, den sie um Unterstützung und um Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens bittet. Der Rechtsanwalt nimmt die Anzeige zu Protokoll und fordert als Vorstufe selten weniger als 15 RM. Ob man an der Richtigkeit einer solchen Geschäftsführung Zweifel hegen darf, läßt man dahingestellt; fest steht aber, daß in vorerwähntem Falle nur der Schiedsmann, nicht aber der Rechtsanwalt zuständig war.

Eine gesetzliche Bestimmung über eine solche Verpflichtung des Rechtsanwalts gegenüber seiner Klientin haben wir leider nicht.

Auch kann man einem Rechtsanwalt schlecht zumuten, daß er in vorgenannten Fällen seine Klienten gleich an den Schiedsmann verweist; er würde sich dadurch ja nur selbst schaden. Trotzdem aber haben wir einige Rechtsanwölfe, die darin vorbildlich wirken.

Ein Schiedsmann kann doch auch nur dann Gebühren erheben, wenn das ihm vorgelegene Delikt seine Zuständigkeit nicht ausschließt. — Ebenso müßten gleiche Bestimmungen für den Rechtsanwalt bestehen, wie es auch praktisch im allgemeinen Verwaltungs- und Geschäftsleben nicht anders ist; d. h. die Zuständigkeitsperson, in diesem Falle der Schiedsmann, darf nicht übergangen werden.

Der nun einmal mit den vorerwähnten Paragraphen des Strafgesetzbuches in Konflikt gerät, der beachte folgendes:

Jeder wisse, daß der Schiedsmann kein Richter ist. Bei Streit in Güte zu schlichten versuchen. — Für die Aufnahme des Antrages muß der Schiedsmann gemäß § 43 der S.O. eine Gebühr von 4 Mark erheben; im Vergleichsfalle ist eine Nachzahlung von 4 Mark zu leisten. Liegt ein schwerer Fall vor, so kann der Schiedsmann nach freiem Ermessen eine Erhöhung der Gebühren vornehmen, jedoch darf er dabei über 50 Mark nicht hinausgehen. Der Schiedsmann kann die Abhaltung eines Sühneterrains von der vorherigen Bezahlung des Betrages von wenigstens 4 Mark machen. Die Parteien erhalten eine schriftliche Einladung. Wer unentschuldig oder nicht genügend entschuldigter Sühneverhandlung fernbleibt, ist von dem Schiedsmann nach § 392 S.O. zu bestrafen; während eine Bestrafung nach § 22 der S.O. in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nicht erfolgen kann. In letzterem Falle genügt eine einfache Mitteilung an den Schiedsmann, daß die Partei zum Termine nicht erschienen wolle oder könne. — Im Falle § 392 der S.O., in Strafsachen, bedarf es für den Beschuldigten einer triftigen Entschuldigung, zum Beispiel eigene Erkrankung oder Erkrankung eines nahen Familienangehörigen, dringende geschäftliche oder dienstliche Abhaltung u. a. m.

Zur Glaubhaftmachung werden in der Regel amtliche Atteste, eidensstattliche Versicherungen glaubwürdiger Personen und ähnliches für genügend zu erachten sein. — Von besonderer Wichtigkeit ist eine rechtzeitige Entschuldigung. Dieselbe muß so zeitig vor dem Termine bei dem Schiedsmann eingehen, daß er in der Lage ist, den Termin noch abzubestellen. — Ebenso wichtig ist es, zu beachten, daß eine vorzeitige Entfernung aus dem Sühneterrain die Verhängung einer Ordnungsstrafe nach § 392 S.O. zur Folge hat.

Wir haben keine Gärten, sondern nur gemeinsame Innenhöfe und geradezu winzige Balkone von durchschnittlich 2 bis 3 Quadratmetern. Einige wenige sind größer, dafür fehlen sie bei einer Reihe von Wohnungen ganz, ebenso wie die Badeeinrichtungen. Durch die Lage unserer Siedlung am Westrande Breslaus sind wir gezwungen, täglich mehrmals die Straßenbahn zu benutzen. Überall ist von Preisabwärt der Rede, Gehälter und Löhne werden gesenkt. Dagegen sind unsere Kosten für Warmwasser und Heizung laut der uns Ende Juni 1930 zugestellten Abrechnung angeblich wegen erhöhter Kohlenpreise erhöht worden.

Die Bewohner unserer Siedlung sind meist kleine Beamte, Angestellte und Gewerbetreibende mit durchschnittlich 250 Mark Monatseinkommen. Hieraus müssen wir für Miete, Heizung, Warmwasser, Wäscherei und Straßenbahn mindestens 50 Prozent aufwenden.

Wir bitten daher dringend, die Mietpreisbildung unserer Wohnungen erneut zu prüfen und unsere Beschwerden gleichzeitig an den Herrn Regierungspräsidenten und den Herrn Wohlfahrtsminister weiterzuleiten.

Wieder zehn Fahrräder geklaut

Die Fahrrad Diebstähle vermindern sich nicht. Im Laufe des Dienstags und Mittwochs sind nicht weniger als zehn dieser Fahrzeuge als gestohlen gemeldet worden, und zwar sind verschunden ein Fahrrad aus dem Haus für Marthasstraße 19 und Herrentäder vor dem Grundstück Frankfurter Straße 75, aus dem Keller Kantstraße 75, aus dem Haus für Danziger, Ecke Michaelstraße, aus dem Hause Frankfurter Straße 7, aus dem Haus für Taubenstraße 32, aus dem Hause Junkerstraße 38, aus dem Haus für Ohlauer Straße Chape-Haus, aus dem Hause Schmiedstraße Stadtgraben 5/7 und aus einem Hause in Hundsfeld. In keinem Falle ist irgendetwas über den Dieb beobachtet worden. Es kann immer nur wieder darauf hingewiesen werden, die Radfahrer vor zu großer Sorglosigkeit zu warnen.

Entflohener Sträfling

Gestern nachmittag gegen 17 1/2 Uhr ist der Strafgefangene Walter Schmidt, der wegen Betruges noch eine Strafe bis Oktober 1931 zu verbüßen hat, vom Arbeitskommando des Strafgefängnisses Ketschkaustraße, in Pöhlanowitz ausgebrochen und entkommen, obwohl er seine Flucht in der Anstaltskleidung unternommen hat.

Gegen die nationalsozialistische Propaganda

Eine Kundgebung gegen Ehrabschneiderei und Vagrantenhege veranstaltete dieser Tage der Reichsbund jüdischer Frontkämpfer, Ortsgruppe Breslau. In der von Landesverbandsvorsitzenden Dr. Reznitz geleiteten Kundgebung sprach zunächst der Bundesvorsitzende Hauptmann Dr. Leo Löwenthal, Berlin, über den Standpunkt des jüdischen Frontkämpfers gegenüber den Vorkämpfern der Nationalsozialisten, wobei er die heimtücklichen Kriegstaten ihrer Führer, Göbbels u. a. näher beleuchtete. Alsdann sprach Frontkämpferführer Dr. Ernst Franke, Breslau, über die Gründe der nationalsozialistischen Bewegung und ihre Abwehr. Mit einem starken Schlußappell an die Mitglieder, Streitigkeiten untereinander bei dem Ernst der Lage zu unterlassen, schloß die mit großem Beifall angenommene Kundgebung. Anschließend wurde eine Resolution einstimmig angenommen, der wir folgende Sätze entnehmen:

der maßlosen, aus Parteiinteresse geübten Volksverhetzung bilden, die sogar vor einigen Tagen zu einer direkten Drohung mit „Judenpogrom“ in einem maßgebenden Blatte der Partei des betreffenden Ministers führte. Demgegenüber erwarten und fordern wir, daß die für das Wohl unseres Vaterlandes verantwortlichen Stellen und alle von dieser Verantwortung erfüllten deutschen Männer und Frauen eingebend der Mahnung zur Einigkeit unseres Führers in Krieg und Frieden, der heute unser Reichspräsident ist, diesen Kampf mit niedrigen Mitteln von sich weisen und alles tun, um die aufs äußerste gefährdete innere Geschlossenheit unseres Grenzlandes und unseres gesamten deutschen Vaterlandes zu erhalten.

Auffstieg im Tischlerberuf

Die Fachschulung für Tischler hat dadurch eine bedeutende Förderung erfahren, daß der Minister für Handel und Gewerbe in Preußen einzelner Handwerker- und Kunstgewerbeschulen als „Fachabteilung mit geordnetem Lehrplan und Abschlußprüfung“ anerkannt hat. Mit den Abschlußzeugnissen dieser Abteilungen wird zugleich das Zeugnis der mittleren Reife zuerkannt.

An der Handwerker- und Kunstgewerbeschule Breslau hat am 2. Juli erstmalig die Abschlußprüfung der Abteilung für Innenausbau unter dem Vorsitz von Regierungs- und Gewerbeinspektor Reiffers als Regierungsvorsetzter stattgefunden. Als Vertreter des Oberbürgermeisters mochte Stadtrat Dr. Fuchs, als Vertreter des Berufes und des Schulvorstandes der Präsident der Handwerkerskammer, Tischlerobermeister Bretschneider, der Prüfung bei. Die acht zur Prüfung Gemeldeten haben sämtlich eine praktische Lehrzeit durchgemacht und die Gesellenprüfung für Tischler schon früher abgelegt, in einem Falle auch die Meisterprüfung. Auf dieser Grundlage und nach erfolgreichem Bestehen der Anstalt haben nunmehr alle acht auch die Abschlußprüfung der Handwerker- und Kunstgewerbeschule bestanden.

Die Arbeit des Schlesischen Verkehrsverbandes

Bericht über die diesjährige Hauptversammlung

Im Rathaus zu Breslau fand dieser Tage die Hauptversammlung des Schlesischen Verkehrsverbandes statt. Aus dem Jahres- und Kassenbericht ist zu entnehmen, daß der Verband in seinen Aufgaben ständig wächst. Das letzte Jahr brachte einen Umsatz von 172.622 Mark. Es ist in sehr umfangreicher Weise für Schlesien geworben worden, vor allem durch Ausstellungen. An Verbeschriften hat der Verband im Berichtsjahre 25.000 Stück „Das schöne Schlesien“, 15.000 Stück „Winter in Schlesien“, herausgegeben, ferner 10.000 Stück „Faltblätter in polnischer Sprache. Außerdem beteiligte er sich an dem großen Führer von Breslau, Auflage 15.000 Stück, durch einen umfangreichen Aufsatz, der ganz Schlesien in Wort und Bild behandelt. Weiter ist durch Anzeigen in etwa 120 Zeitungen, Zeitungen, Reisebüchern usw. geworben worden, insbesondere für die Benutzung der Ferien-Sonderzüge und Winter-Sonderzüge. Mit dem Observatorium Breslau-Kriern bearbeitet der Verband gemeinschaftlich die Vorbereitung der Wetter- und Sportnachrichten im Winter. Viel Anfang haben die Jahresreisen gefunden, die wir in Schlesien mit unseren Mitgliedern veranstaltet haben. Beliebte sind beim Publikum die Ausflüge in die Wägenwanderungen, die die schönsten Teile Schlesiens bekannt machen. Fortgesetzt wurde die Ausgabe von billigen Wochenendfahrten, leider ist die Nachfrage beim Publikum nicht so, wie man es wünschen möchte, obwohl die Preise sehr niedrig sind. Die Verkehrswege der Mitglieder sind geklärt, durch Berater und dann an die Reichsbahnstellen weitergegeben und soweit wie möglich unterstellt worden. Auf die Herausgabe von weiteren Sonntagsfahrkarten ist hingewiesen worden und zum Teil hatten die Anträge des Schlesischen Verkehrsverbandes Erfolg. Nach manchen Gegenständen Schlesien fehlen freilich derartige Karten. Die Verhandlungen über die Einführung billiger Bäderreisen mit der Reichsbahn haben bisher zu einem Erfolge nicht geführt. Das Publikum ist immer noch auf die Ferien-Sonderzüge angewiesen, die nur ein kleiner Teil der Bäderreisenden benutzen kann. Der Zusammenhalt der Mitglieder ist dadurch gefördert worden, daß regelmäßig Kundfahrten veranstaltet worden sind, in denen auf die verschiedenen gemeinsamen Arbeiten hingewiesen worden ist. Die Zahl der Mitglieder des Schlesischen Verkehrsverbandes belief sich auf 22.000, darunter 7.000 in Schlesien, 15.000 in Preußen, 2.000 in Ostpreußen, 1.000 in Posen, 1.000 in Westpreußen, 1.000 in Danzig, 1.000 in Ostpreußen, 1.000 in Posen, 1.000 in Westpreußen, 1.000 in Danzig.

Schüler und Pensionen, 25 Bauden, 16 sonstige Gesellschaften und Privatpersonen, im ganzen 303 Mitglieder, im vorigen Jahre 292 Mitglieder.

Dem Vorstand wurde auf Grund des Revisionsberichts Entlastung erteilt. Von der Aufstellung eines Haushaltsplanes wurde abgesehen, da oft plötzliche Ausgaben an den Verband herantreten und ein genauer Haushaltsplan nicht aufgestellt werden kann. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. An Stelle von Herrn Stadtkämmerer Dr. Friedel trat der derzeitige Deputierter des Verbandsamtes der Stadt Breslau, Herr Stadtrat Dr. Schimmelpfennig. Der engere Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Stadtrat Dr. Schimmelpfennig. Stellvertretender Vorsitzender: Handelskammer-Präsident Dr. Grund; 1. Schriftführer: Syndikus Dr. Frennmark; 2. Schriftführer: Bürgermeister Goebel, Graf; Schatzmeister: Metallrektor Wolf; Stellvertretender Schatzmeister: Direktor Hallama.

Direktor Hallama verbreitete sich dann über die Aufgaben des Jahres 1930. Er teilte mit, daß der Verband sich wiederum an der Leipziger Messe beteiligt hat, ferner hat er eine Frühjahrsausstellung in Berlin veranstaltet und wird auch eine Winterausstellung dort durchzuführen. Außerdem beteiligt sich der Verband an der Ausstellung „Verkehr und Touristik“ in Jägen, um dort für Schiffspropaganda zu machen, damit der früheren starke Verkehr aus Polen und vor allen Dingen aus den abgetretenen Gebieten nach Schiffsreisen wieder einsetzt. Zu diesem Zwecke ist auch eine Werbeschrift in polnischer Sprache herausgegeben worden und zwar in Auflage von 10 000 Stück. Ferner ist die Werbeschrift „Das schöne Schiffsreisen“ neu erschienen in Auflage von 20 000 Stück. Mit der Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr ist eine Werbeschrift über Schiffsreisen in deutsch und englisch erschienen, weiter ist eine Werbeschrift in Esperanto in Auflage von 15 000 Stück herausgegeben worden. Wie immer, hat sich der Verband an dem kleinen Führer von Breslau und an den Führern des Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Amerika-Linie und der Hamburg-Südamerika-Linie beteiligt. Ferner sind in etwa 100 bis 120 Zeitungen, Zeitschriften usw. Anzeigen mit begleitenden Notizen erschienen worden, insbesondere zur Förderung der Ferien-Sonderzüge. Der Verband hat sich auch an der Propaganda beteiligt durch Herausgabe einer gemeinsamen Werbeschrift, die in einer Auflage von 10 000 Stück in deutscher Sprache, 10 000 Stück in holländischer Sprache und 20 000 Stück in englischer Sprache erschienen ist. Außerdem hat der Verband die Herausgabe der Kunstmappe Schiffsreisen unterstützt, die außerordentlich viel Anklang gefunden hat. Als nächster Tagungsort wurde Głogów gewählt. In die Hauptversammlung ist sich eine Besprechung der eingegangenen Fahrplanwünsche. Die Wünsche wurden eingehend durchgesprochen, geprüft. Die Wünsche werden nunmehr zusammengestellt und der Reichsbahn mit Befürwortung weitergegeben.

Achtung Frauenleiterinnen!

Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr: Leiterinnen-Sitzung. Daran nehmen teil alle weiblichen Funktionäre, Abgesandte, Kommissionen und Redaktionen. Der Wichtigkeit wegen wird um vollständiges Erscheinen gebeten.

Verbandsratswahl

der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
Im kommenden Sonntag findet in einer Anzahl Breslauer Lokale von 10 bis 16 Uhr die Verbandsratswahl statt. Nähere Angaben im Anzeigenenteil der heutigen Zeitung.

Kraftpostverkehr nach Sacrau und Opatowitz

Ab 15. Juli wird auf der Teilstrecke Breslau/Sacrau der Kraftpostverkehr Breslau-Schlesien eine Posttagsfahrt ein-gelegt: 14.30 Uhr ab Ring, 15 Uhr an Sacrau.
Zum gleichen Tage an werden die Fahrten 9 Uhr ab Breslau, Hallesche Straße, nach Opatowitz und 9.28 Uhr ab Opatowitz, Siedlung nach Breslau nicht mehr verläßlich, sondern nur noch Mittwoch und Sonnabend ausgeführt.

* Schwere Infanterie. In der Kreuzung Schlegelstra-Schlegelstraße haben gestern vormittag ein Personenzugswagen und ein Motorfahrzeug so heftig zusammengestoßen, daß die auf dem Motorfahrzeug des Motorwagens mitfahrende Martha Richter, 27-jährige, herabgeworfen wurde und verlegt liegen blieb, wobei sie in ein Krankenhaus geschafft werden mußte.

* Der Breslauer Verkehrsverein, Abteilung Verkehr, veranstaltet am Dienstag, den 15. Juli, im Gebiet von Sacrau und Panschwitz eine Wanderung. Treffpunkt 11.30 Uhr an der Haltestelle der Straßenbahnlinien 14 und 24, Hallesche-Str. in Carlswitz. Abfahrt von dort nach Panschwitz mit Postbus planmäßig 11.45 Uhr. Abfahrt von Panschwitz mit der Bahn 12.30 Uhr oder 21.45 Uhr. Bei Regenwetter fällt die Wanderung aus.

* Der Kreisjugendrat für Ostschlesien, Jugendleiter Großer (Wohnort: Hallesche Straße 108), hält während der großen Ferien seine Sprechstunden im Stadthaus Jungmännerheim, An der Halleschen Straße 2, mittags außer Sonnabends von 18-20 Uhr ab.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Schlesischer. Die große Musikgesellschaft „Sons of the Sun“ unter Leitung von Direktor Fritz Bruns kehrt nach wie vor der Tagesordnung. Seit es die Musikgesellschaft mit der Aufführung der Werke „Sons of the Sun“ einen großen Erfolg erzielt hat, ist es bei den Zuschauern sehr beliebt. Die Musikgesellschaft wird von den Schülern der Musikschule in Carlswitz geleitet. Die Aufführung beginnt abends 8.15 Uhr.

Arbeiter-Sport

2. Schlesisches Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau
Mittag, Festzug
Samst. 11.30 Uhr, Festzug durch die Straßen für alle Arbeiter und Vereine mit den Kindern aus. Sehr schön, damit eine große Freude entsteht. Die einzelnen Gruppenleiter treffen sich um 10 Uhr am Hauptbahnhof. Die Aufstellung der einzelnen Gruppen erfolgt am Hauptbahnhof.
Schlesischer Fußball. Heute letzte gemeinsame Begegnung zwischen dem Fußballklub der Arbeiter und dem Fußballklub der Vereine. Die Begegnung findet am Donnerstag, den 21. Juli, 20 Uhr, im Sportplatz der Arbeiter statt. Die Begegnung wird von den Schülern der Arbeiter-Sportvereine geleitet. Die Begegnung beginnt abends 19.15 Uhr.
Schlesischer Fußball. Heute letzte gemeinsame Begegnung zwischen dem Fußballklub der Arbeiter und dem Fußballklub der Vereine. Die Begegnung findet am Donnerstag, den 21. Juli, 20 Uhr, im Sportplatz der Arbeiter statt. Die Begegnung wird von den Schülern der Arbeiter-Sportvereine geleitet. Die Begegnung beginnt abends 19.15 Uhr.

Heute Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr: Leiterinnen-Sitzung. Daran nehmen teil alle weiblichen Funktionäre, Abgesandte, Kommissionen und Redaktionen. Der Wichtigkeit wegen wird um vollständiges Erscheinen gebeten.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Ordnungsbuch, Nummer 107-110
Telefon Nummern 29000-29001
Öffener außer Sonnabend von 1-1 und 4-7 Uhr

District 1. Sonntag, den 18. Juli, Abends 8 Uhr, bei Köpke, Enderstr. 11, Wollschütz, Abends 8 Uhr von der Carolustirche aus.
District 18. Freitag, den 11. Juli, abends von 8-9 Uhr, holen sich die Bezirksfunktionäre die Kontrollausweise zum Fest im Distriktslokal ab.
District 18. Am Sonntag, den 13. Juli, feiert der District sein diesjähriges Kinderfest im Blauen Gartenlokal, Endstation der Linien 14 und 24. Abends nachmittags 2 Uhr vom Weihenburger Platz. Die umliegenden Distrikte sind herzlich eingeladen.
District 20. Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Köpke, Enderstr. 11, Funktionärsversammlung und Abrechnung der Vergütungsarten.
District 20. Sonntag, den 13. Juli, veranstaltet der District ein Familien- und Kinderfest im Friedrichstrub, Rosenhal, verbunden mit Gartenkonzert, Regeln, Schützen und Kinderbelustigungen. Jedes Kind erhält ein Geschenk. Abmarsch mit Musik um 3 Uhr vom Distriktslokal Scholz, Trebnitzer Straße 23.
District 41. Donnerstag, den 10. Juli, 20 Uhr, Distriktsversammlung bei Oberlein im „Rutgarten“. Thema: „Die politische Situation“. Referent Genosse Dr. G. K. e. n. Die Distriktsfunktionäre sowie Vertreter erscheinen bereits um 18 Uhr.
District 45 (Karlstadt). Sonntag, den 13. Juli, feiert der District an der Fahrenweg in Hundsfeld. Antritt um 1 Uhr Karlstädter Straße, Ecke Heinrich-von-Korn-Straße.

Jungsozialisten
Die Mitgliederversammlung findet heute in der Barade (Telshäcker) statt. Tagesordnung: Die politische Lage und die Aufgaben der sozialistischen Jugend. Referent Genosse Schulz. Alle Gruppenmitglieder mußte erscheinen. Als Ausweis ist das Mitgliedsbuch mitzubringen. Beginn pünktlich 20 Uhr.

Sozialistische Kampfbund
Am 18. Sonntag, den 13. Juli, 18.30 Uhr, Antritt des gesamten Bundes und beider Kapellen am Wallfahrtsplatz, Ecke Enderstraße. Alles in Uniform.
Generalsammlung Dienstag, den 15. Juli, im „Bergkeller“. Mitgliedskarten als Ausweis mitbringen.
Marlinshornkapelle. Sonnabend, den 12. Juli, 19 Uhr, Treffpunkt Waterloo-Platz mit Instrumenten.

Wochenplan der Sozialistischen Arbeiterjugend
Heim 2 (Barade am Weiswinkel). Freitag: Arbeiterjugend und Stadt.
Sonntag: Radfahrt nach Steine.
Heim 3 (Mikhaelstraße 36). Kein Monatsprogramm eingeschickt.
Heim 4 (Siedlungsstraße 1). Freitag: Literarischer Abend. Sonntag: Zeltfahrt der Jellen. Referent: Redaktor Kaszowik-Bedern.
Heim 5 (Friedrich-Wilhelm-Straße 6). Freitag: Die Kulturaufgaben des Sozialismus. Sonntag: Zeltfahrt für alle Zeltlagerleiternehmer.
Heim 6 (Kleinschloß, Siedlung Föhlmühl). Freitag: Zwei Jahre Heim 6.
Sonntag: 14 Uhr Beberplatz, Bahnhofsplatz.
Heim 7 (Barade an der Telshäcker). Freitag: Arbeiterjugend und Rheinbeziehung. Anschließende Funktionärsversammlung. Sonnabend: Nachfahrt Zinnoberssee.
Heim 8 (Margaretenstraße 17, Zimmer 143). Freitag: Mitgliederbesammlung. Sonntag: Radritt durch den schlesischen Spreewald.

Von den Arbeiterkinderfreunden
Abteilung 2 (Schelling). Heute letzter Termin für die Fahrt nach dem Rot-, Jung- und Kesselfeld heute bestimmt 5 Uhr im Heim zu einer Sammlung.
Abteilung 3 (Oskar). Alle Kesselfelder der Gruppen 1, 2, 3 und 4 sind Freitag um 17 Uhr in der Kesselfelder Schule zu Spiel und Tanz.

Reisbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Bannet 7 (Ude). Freitag, den 11. Juli, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Hofstraße 11, Kesselfelder, Ecke Wittoriastraße, Kamerad Haus 1.
Jungbannet. Sonnabend, den 12. Juli, 18.30 Uhr, Antritt am Hauptbahnhof zur Autofahrt zum Jugendtreffen in Opatowitz. Die Abfahrt pünktlich 19 Uhr.

Vereinskalender

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Breslau
Fachgruppe des Fleischeres. Sonnabend, den 12. Juli, 19.15 Uhr (18.30 abends), findet im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses unsere Monatsversammlung statt. Wichtige Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbands- und Tagesprogramm. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser wichtigen Versammlung pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch weist aus. Die Fachgruppenleiter sind herzlich eingeladen.
Wichtig! Bauergewerkschaft Schwab-Kant. Sonntag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, bei Rabig in Schmolz, und 2 Uhr bei Gelbel in Kantz. Quartalsversammlung statt. Es ist Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen. Die Fachgruppenleiter sind herzlich eingeladen.

Wasserstand

	10.7.	9.7.		10.7.
Ratibor.....	0.66	0.80	Ranien (Unter-Wege) ...	0.20
Reise (Stadt).....	0.82	0.82	Dobornurth.....	0.20
Reise (Land).....	1.39	1.40	Abflussmenge (sekundlich)...	0.20
Wieg (Wasserkant).....	1.33	1.31	Fürstenberg o. 9.7.	0.20
Treiden.....	1.03	1.02	Wassermenge + 20.0	

Amlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieg
(Nachdruck, auch mit Quellenangabe verboten.)
Ein verhältnismäßig kräftiges Störungszentrum bringt gegenwärtig der Mitte jüdwärts vor. Sein Niederdruckgebiet greift daher über Ostpreußen nach Polen über, und auch in den Subalpinen kommt es vorübergehend zu einer Beseitigung und einzelnen Schauern. Die Temperaturen ändern sich nicht sehr, da der Zirkum maritim-polarer Hochsitz von Nordwesten her einfließt.
Wichtigsten für das schlesische Flachland, die schlesischen Mittel- und Hochgebirge, allmählich abflauernd Nordwest, wechselnd bewölkt, nur einzeln leichte Schauerniedererschläge, Temperaturen wenig verändert.
Sonnenaufgang: 3.51 Uhr — Sonnenuntergang: 20.19 Uhr.

ZUM SCHLUSS

haben wir unsere

Preise nochmal herabgesetzt!

Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit

Frühjahrshemden aus weiß Käseleinstoff, 40x90	-.28	Einsatzhemden Größe 4 und 5	-.90
Leinwand-Garntüren mit und ohne Kränze	0.48 - .38	Madras Garnituren 3-teilig	1.50
Stirts Elanier mit Einsatz, 150 cm lang	-.48	Baumwollhemden la Tramaline Größe 42 und 44	1.90
Baumwollhemden farbig, Größe 40	-.48	Wäscheleine Baumwollstrümpfe Bemberg Gold	1.90
Wolljacken Größe 4	-.68	Oberhemden in Perkal, neue Dessins unsortierte Größen	2.90
Baumwoll-Sportblößen weiß	-.68	Primzentrücker Nachhemden, Hemdhosen, aus farb. Batist m. breit. Spitzenkant	2.90
Wäschelein. Baumwollstrümpfe z.T. mit kleinen Schabbeifehl.	-.68	Oberhemden aus Zephir und Trikotine moderne Muster	4.40
Sportblößen blau-weiß gestreift Zephir, 60 cm lang	-.75	Oxfordhemden mit Bänder, 100 lang	5.20

AUSVERKAUF

Schluss: Sonnabend, 12. Juli

Achten beim Einkauf unsere bewährte

GEG-Fabrikat

Kaufhaus Vorwärts

Rauschestr. 15

Köstlich
schmecken zu jeder Zeit, besonders aber an heißen Tagen

Stalco
und **Elekta Tafelwasser** von
Speck & Säring

u. 557 20 u. 557 20

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Auf dem toten Punkt

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung betrug, wie amtlich mitgeteilt wird, am 1. Juli 1469 000, d. h. um 36 000 weniger als vor 14 Tagen, und in der Krisenunterstützung 364 000, d. h. um 12 000 mehr als 14 Tage vorher. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 1. Juli 1 883 000; das sind 900 000 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Ueberlagerung ist also dieselbe geblieben. An verfügbaren Arbeitsuchenden waren nach dem Bericht bis Beginn des Juli 2 690 000 vorhanden, an effektiv Arbeituchenden (also ohne Notstandsarbeiter und der noch in Stellung, aber in Kündigung befindlichen Arbeitskräfte) 2 636 000.

Die Lage in den einzelnen Bezirken ist unterschiedlich. In Westfalen ist eine Zunahme der Unterstützungsempfänger um etwa 3000 festgestellt. Eine kräftigere Besserung zeigen hauptsächlich die landwirtschaftlichen Bezirke Ostpreußen, Pommern, aber auch Mitteldeutschland und Sachsen; die hier zu beobachtende kleine Erleichterung war dringend notwendig. Gestiegen ist die Zahl der Arbeitsuchenden in kleinem Umfang in Braunschweig, Westfalen, Rheinland und ebenso bei einzelnen Arbeitsämtern in Ostpreußen.

Die Stilllegungsanzeigen (hauptsächlich solche sorgfältiger Art) treten wieder stärker auf, ebenso nimmt die Kurzarbeit wieder zu. Ausgesteuerte Industriearbeiter wandern zu berufsfremder Arbeit ab, vor allem in die Landwirtschaft und in ungelernete Arbeit. Im Bergbau zeigt die Braunkohle eine leichte Besserung, während bei der Steinkohle die Halben noch immer wächsen und Feierschichten im wesentlichen gleichgeblieben sind. Die Erntearbeit hat eine stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften für die Landwirtschaft zur Folge gehabt. Im Baugewerbe herrscht zurzeit stärkste Fluktuation infolge kurzfristiger Arbeit, hauptsächlich bei Reparaturen; die Nachfrage nach Arbeitskräften für Neubauten ist nach wie vor gering. In der Konfektionsindustrie hat der Saitenschlag, besonders für Mantel, zu Entlassungen geführt. Eine geringe Erleichterung weisen in der Textilindustrie Wolle und Seide auf. Der Arbeitsmarkt der metallverarbeitenden Industrie ist überall schwach. Der Kurzarbeit- und Bäderbetrieb entwickelt dieses Jahr eine geringere Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Entlassung vieler Hausangestellten hat, wie gewöhnlich, mit dem Beginn der Ferien- und Reisezeit wieder kräftig eingeleitet.

Das Gesamtbild ist recht ernst. Es zeigt, daß der Rückgang in der Arbeitslosenversicherung geringer ist als die Aussteuerung. Täglich werden gegenwärtig in der Arbeitslosenversicherung rund 8000 Unterstützungsempfänger ausgesteuert, während der Abgang aus der Versicherung in den letzten 4 Wochen pro Tag nur 3000 betrug; es ist also ein Zugang von 5000 zu verzeichnen. Die Situation hat sich tatsächlich weiter verschlechtert und die Reichsregierung hätte wirklich allen Anlaß, jetzt mit stärkster Beschleunigung die von ihr seit langem angekündigte Ankurbelung des Arbeitsmarkts durch besondere Arbeitsbeschaffung vorzunehmen. Diese Arbeitsbeschaffung besteht, wie der Reichsarbeitsminister am Dienstag im Sozialpolitischen Ausschuss bei der Erörterung der Anträge zur Erweiterung der Krisenfürsorge ausführte, in zusätzlicher Arbeit im Gesamtbetrag von 500 Millionen in Form von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost, in einem Bauprogramm auf einer finanziellen Grundlage von 250 Millionen und in der Verbesserung der produktiven Erwerbslosenfürsorge durch Bereitstellung von 100 Millionen für Straßenbau und 60 bis 80 Millionen für Notstandsarbeiten. Wichtig ist, daß nur allem bei den Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost auch die Landesarbeitsämter ein Wort mit sprechen, damit nicht nur gewisse Firmen die Aufträge erhalten, sondern zunächst die Bezirke berückichtigt werden, die unter der Arbeitslosigkeit ganz besonders zu leiden haben.

Die Lohnbewegung in der Industrie Steine und Erden

hat im Reich keine nennenswerten Veränderungen gebracht. Lohnänderungen erfolgen fast nur von Arbeitgeberseite zum Zwecke der Lohnkürzung. Diese Lohnkürzungsversuche sind so gut wie abgewehrt. Nur in der Ziegelindustrie Sachsens herrscht zur Zeit tariflich ein noch recht unruhiger Zustand. Zur Zeit finden zur Klärung der Lage in Leipzig Verhandlungen statt. In der sächsischen Kalksteinindustrie konnte der drohende Konflikt vermieden werden. Es kam zu einer Vereinbarung, die die bisher geltenden Stundenlöhne bestehen ließ. Ebenso wurde der Tarifstreit in der sächsischen feuerfesten Industrie durch eine Vereinbarung beendet.

Von einer Preisentwertung ist in der Industrie Steine und Erden noch nichts zu beobachten. Von der leichten Preisentwertung bei den Baustoffen sind Steine und Erden bis jetzt unberührt geblieben. Vor allem macht die Zementindustrie keine Miene, mit den Preisen herunterzugehen. Sie hat sich durch ihren Kampf gegen die Außenwelt finanziell zu sehr festgelegt. Viele Millionen sind durch Aufkauf von Kalksteinen und Kalkbrennereien gebunden worden. Wo scheinbar eine Preisentwertung vorliegt, handelt es sich in Wirklichkeit um schlechtere Zementforten. Von einer Preisentwertung in der Industrie Steine und Erden kann also nicht gesprochen werden. Ob unter diesen Umständen die zur Zeit im Reichswirtschaftsrat geführten Verhandlungen zur Senkung der Preise der Baustoffindustrie zu einem Erfolg führen werden?

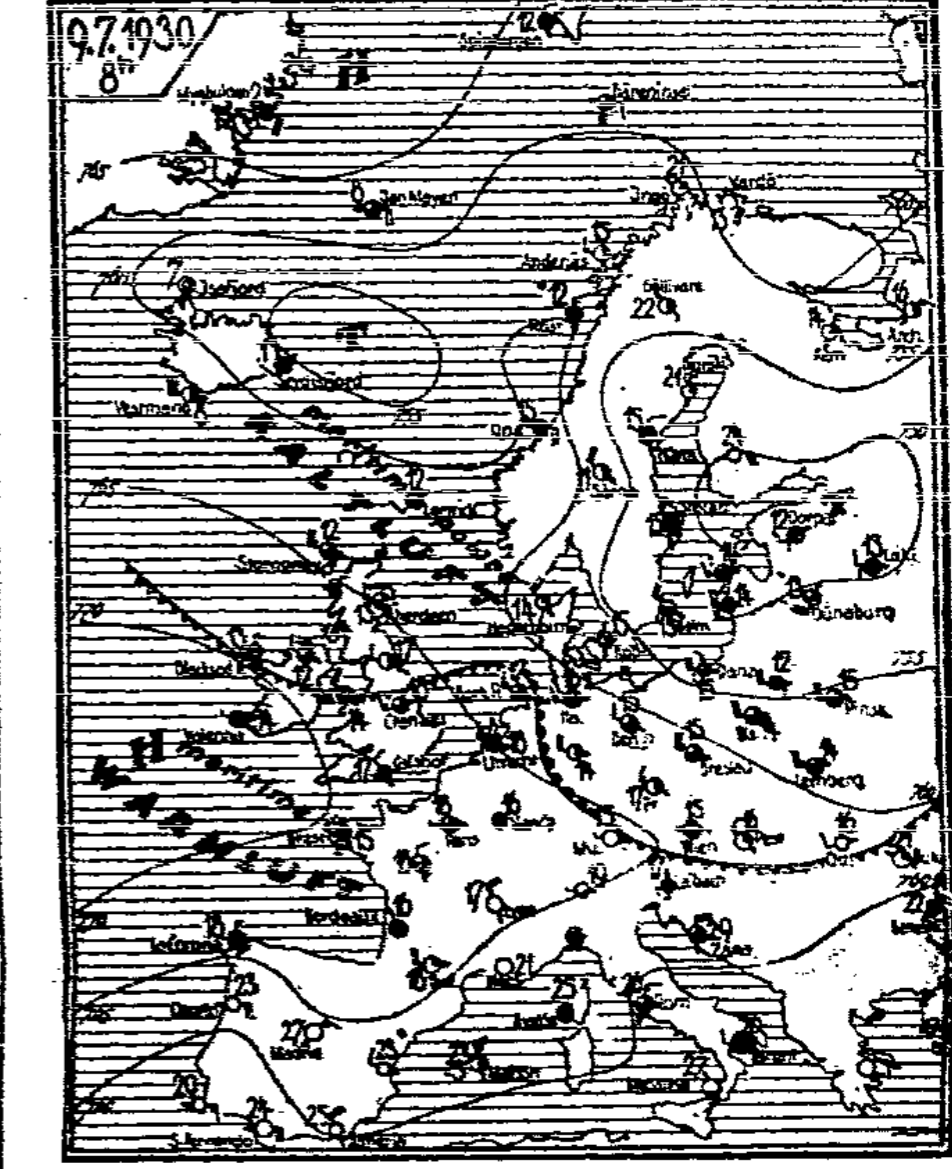
Die Unfallstatistik des preussischen Bergbaus für 1929

zeigt nach den amtlichen Mitteilungen folgendes Bild: Insgesamt ereigneten sich 128 644 Unfälle (imvergangenen Jahre 128 651). Davon waren tödlich 1191 (1129), eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen hatten zur Folge 4025 (4323) Unfälle, eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als vier bis einschließlich 13 Wochen 33 604 (33 533) Unfälle. Die tödlichen Unfälle verteilen sich zu 82,9 Prozent (81,9) auf den Untertagebetrieb zu 4,9 Prozent (5,2) auf den Tagebau und zu 12,2 Prozent (12,9) auf die Tagesanlagen.

Im Steinkohlenbergbau entfielen auf 1000 Mann der Belegschaft 234,82 Unfälle insgesamt (233,87), davon 2,12 (2,02) tödlich, 7,02 (7,88) mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen und 61,78 (63,00) mit einer solchen von mehr als vier bis einschließlich 13 Wochen.

Die einzelnen Unfallarten waren, gemessen an den tödlichen Unfällen untertage im gesamten Bergbau folgendermaßen beteiligt:

Stein- und Kohlenfall 42,5 Prozent (42,5 Prozent), in Schächten und einfallenden Strecken 27,8 Prozent (30,1 Prozent), in schieflagen Strecken und im Abbau 18,3 Prozent (17,0 Prozent), durch Sprengstoffe 2,0 Prozent (3,2 Prozent), durch Gas und Kohlenstaub 5,8 Prozent (3,1 Prozent). Bei Ziffer 2 und 3 handelt es sich hauptsächlich um Unfälle bei der Fahrung und Förderung.



Amthlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Der Markt betrug: 1339 Rinder, 1153 Kälber, 496 Schafe, 287 Schweine. Hebertschach von vorigen Markte waren: 23 Kälber, — Kälber, 49 Schafe, 3 Schweine.

Wichtiges Gesamtergebnis: 1367 Rinder, 1153 Kälber, 545 Schafe, 287 Schweine. Es wurden bezahlt für 50 Kilogramm für Lebendgewicht:

I. Rinder.		1367 Stück	Es wurden bezahlt für 50 Kilogramm für Lebendgewicht:
A. Ochsen:			
73 Stück			
a) vollfleischige, ausgewählte doppelt Schlachtwerts	1. Jüngere	49-50	
	2. Ältere	41-42	
b) sonst vollfleischige	1. Jüngere	38-39	
	2. Ältere	31-32	
c) fleischige		bis 34	
d) gering geschlachtet			
B. Bullen:			
516 Stück			
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		50	
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte		42-43	
c) fleischige		bis 32	
d) gering geschlachtet			
C. Kälber:			
565 Stück			
a) jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts		41-43	
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte		31-32	
c) fleischige		26-28	
d) gering geschlachtet		bis 20	
D. Ferkel (Kaltbluten):			
790 Stück			
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts		49	
b) sonstige vollfleischige		40-42	
c) fleischige		bis 25	
d) gering geschlachtet			
E. Sauen:			
23 Stück			
a) Saugelinge		35-40	
II. Kälber.			
1153 Stück			
a) Doppelte oder dreifache		—	
b) Bestes Fleisch- und Saugelinge		55-60	
c) Mittlere Fleisch- und Saugelinge		51-56	
d) Geringere Kälber		45-47	
III. Schafe.			
545 Stück			
a) Mastlamm und Jüngere Mastlamm: 1. Bestes Fleisch		15-16	
b) Mittlere Mastlamm, ältere Mastlamm und gut geschlachtet		41-43	
c) Fleischer Schaf		bis 35	
d) Geringere Schafe			
IV. Schweine.			
287 Stück			
a) Fettfleisch über 150 Kilo (3 Ferkel) Lebendgewicht		55-58	
b) vollfleischige Schweine von ca. 200-300 Kilo Lebendgewicht		53-59	
c) fleischige		38-39	
d) geringere			
e) Sauen:			
unter 120 Kilo Lebendgewicht:			
f) Sauen:		50	

Fußballvorschau für den 13. Juli

Folgende Spiele kommen zum Austrag: 1921 — Wader um 10 Uhr in Kofel. 1921 sollte die bessere Mannschaft sein und nach einem spannenden Spiel als Sieger zu erwarten. Ueber Stern um 17 Uhr in Moosbörn. Da sich Einigkeit in Ueberzeugung gefasst, ist eine Voraussage sehr schwer. Union — um 17 Uhr in Deutsch-Wilfa. Triff der Bezirksmeister mit an, dann bleibt der Sieg in Deutsch-Wilfa. Südost 1b — Freunde um 17 Uhr in Klettenbörn. Ob den Sportfreunden Sieg gefast ist fraglich. Lantich 1 — Heria komb. um 17 Uhr in Kofel. Lantich ist eine junge Mannschaft, sollte jedoch gegen die zum Siege kommen. Ostwik — Falke um 18 Uhr in Ostwik. den Sieger stellt ist fraglich. VfB — Heria in Dittahin um 18 Uhr. Man kann der Heriamannschaft gegen die Spielarten keine Aussichten auf Sieg geben. Hundsfeld — West um 18 Uhr in Hundsfeld. Die Westmannschaft ist unbedenklich. dem sollte es gegen Hundsfeld zu einem Siege reichen. Fortschritt um 18 Uhr an der Niemannshöhe. Zwei gleich Mannschaften werden sich ein interessantes Spiel liefern. dem man VfB einen kleinen Vorsatz gibt. JdW — VfB komb. dem man VfB die Formverbesserung der JdW-Mannschaft dann müßten sie vor einem neuen Erfolge stehen. Sturm — um 17.30 in Maria-Südchen. Auf den Ausgang dieses Spieles man allgemein gespannt, da sich beide Mannschaften schon nicht mehr gegeneinander. Am Sonnabend spielen: u-Weiß — Bratislawia um 18.30 auf dem Vorwärtsplatz in Galle. Wer aus diesem Spiele als Sieger hervorgeht, ist ungewiß. 1920 I — Heria um 18.30 Uhr in Maria-Südchen. da hat sich etwas viel vorgenommen, könnte aber zu einem neuen Siege kommen.

Leichtathletik. Nach Freiburg fährt am Sonntag die Auswahlmannschaft: Walter (VfB), Klemens (Südost), Roganus (Stern), Gntier (West), Müller (Heria), Zedel (Sil.), Kanoner (Stern), Marunte (Bratislawia), Kuche (West), (Südost), Strider (Union), Grig: Tau (VfB). Treff: 10.30 Uhr Freiburger Bahnhof. Das mitbringen.

Schiedsrichteramt. Zum Spiele am 20. Juli Sturm — in auf dem Sportplatz und Linientrichter: Simon (Sil.), Deus (Sportfreunde), Kihabel (West), Hoffmann (VfB). Sonntag 17 Uhr bei Grober, Frankfurter Straße 112. Vereinsmitbringen.

Freie Sportfreunde e.B. 1920. 1. August, 19 Uhr. Vereins-Generalversammlung.

Freie Turnerschaft Deutsch-Wilfa. 12. Juli Halbjahresversammlung im Vereinslokal Männerfranke.

VfB 1925. Das ausgeschlossene Mitglied heißt nicht Paul, sondern Karl Scholz, Friedrich-Wilhelm-Straße 25.

Fußball

Stand der Jugend zur Fußball-Frühjahrsfeier der A- und C-Gruppe:

Berein	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Torzahl	Punkte
...	11	9	1	1	19:11	19:3
...	11	9	2	—	32:7	18:4
...	11	8	2	1	22:10	17:5
...	11	7	2	2	15:6	16:6
...	11	5	3	3	21:9	13:9
...	11	6	5	—	9:13	12:10
...	10	4	5	1	13:13	9:11
...	11	4	6	1	26:27	9:13
...	11	3	7	1	7:26	7:15
...	11	2	8	1	9:16	5:17
...	11	1	10	—	0:7	2:20
...	10	1	8	1	3:32	3:17

B- und D-Gruppe:

...	9	9	—	1	41:8	18:0
...	9	6	2	1	23:12	13:5
...	9	5	3	1	20:11	11:7
...	9	5	3	1	20:12	11:7
...	9	4	3	2	15:10	10:8
...	8	4	4	—	13:11	8:8
...	8	3	4	1	11:13	7:9
...	9	1	7	1	6:28	3:16
...	9	2	7	—	7:21	4:14
...	9	—	6	3	2:32	3:15
...	9	7	1	1	32:12	15:3
...	10	7	1	2	38:18	15:5
...	9	7	—	2	31:12	14:4
...	10	6	2	2	24:14	14:6
...	12	5	4	1	29:18	14:6
...	10	3	4	3	19:16	10:10
...	10	3	2	5	24:30	8:12
...	10	3	—	7	19:39	6:14
...	10	3	—	7	10:27	6:14
...	10	2	—	8	25:30	4:16
...	10	—	—	10	6:44	0:20

Verhandlungsausschuss-Berichte für den 21. Juli, 20 Uhr: Schinte (Südost), dazu Schiedsrichter Wäger (Klettenbörn). 5 Uhr: Vereinsvertreter Vorwärts und Strehlen, Sportklub Kufel (Strehlen) und Schiedsrichter Seruel (Silekars). 20.30 Uhr: Vereinsvertreter Bratislawia und S.V.P. 5 Uhr: Vereinsvertreter 1921 und 1921, dazu Sportgenosse Dan (1921). 21 Uhr: Vereinsvertreter Fortschritt und Heria. 10 Uhr: Einpruch Heria — 1924, dazu Lehmann (1924). den stellen die Vereine selbst.

VfB. Ottahin. 12. Juli, 20 Uhr, in Heiles Lokal: Bollversammlung.

Handball

Handball. Am 12. Juli, Gull-Platz. Bezirksmeisterschaft im Handball. Zu spielen haben: 7. Abteilung Gruppenmeister für Ost gegen den vorjährigen Kreismeister VfB. Fries. Spiel um 17 Uhr. Vorher zwei Handballspiele: 7. Abteilung Jugend an Nord-Ost Jugend (Vorfriedel) und als Auscheidungsspiel an Heria II — Frießon II. Jugendspiel 14.30. Männerpiel 15.45. mer: je 2 Genossen 2., 4. und 6. Abteilung. Platzan 7. Urt. Spielansicht. Spielformulare von Freundschaftsspielen bis nächsten Spielertage abgeben.

Athletik

Arbeiter-Athleten-Verein Breslau 1911. 14. Juli nach dem umgabend Vorstandsitzung.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Donnerstag, den 10. Juli Vorstandssitzung. Sittensitzung. Die Hütte ist bis 9. August immer geöffnet. 7. Sittensitzung: Wiesner und Frau. Anmeldungen für die te bei Freund Theinert, Breitenstraße 23/24.

Arbeiter-Samariter-Bund

Arbeiter-Samariter-Bund, Kassone Groß-Breslau. Jugendbildung. Wir treffen uns Sonntag 6 Uhr mit Kindern am Kriegerplatz.

Herzberg & Co.
Ostdeutschlands größte Likörfabrik

gibt die eigenen Fabrikate in Breslau in 6 Filialen ab:

Stechenstraße 48 | Michelsplatz 17/18
Katharinenstraße 10 | Michelsstraße 3
Katharinenstraße 62 | Stechenstraße 17

Vom Faß, per Liter

Bräuner 32%	2.45
Brauner-Crème 35%	2.98
Rosmarinbrannt 34%	3.78
Weißbrennverschnitt 3.45	
Weißbrenn, echt	4.48
30% Spiritus	7.00

Liköre vom Faß

von 1/10 Liter an

per Liter	per Liter	p. Flasche	p. Flasche
30% 3.70	35% 4.48	30% 3.10	35% 3.68

Standarder, Bistrotang, Ingwer, Curacao, Aprikoten, Pränthe, Pfefferminz, Kirsche, Cherry-Brandy, Goldwasser, Kirschen, Kirsch mit Samen und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Voll

Spezialitäten

El-Crème	4.00	3.20
Choko-Cordial	5.00	
Abbi	5.00	
Eisbommel	5.00	
Herzberg		
Brauner	1.00	
Herzberg		
Labentropfen	5.00	
Mineralwasser	1.00	

Deutscher Weinbrand

Marke Ubrat aus franzo. Weinen in Flaschen

Deutscher

Prüfung	3.50
Prüfung	4.00
Prüfung	5.00
Prüfung	11.30

Darf man einen Landrat „Starost“ nennen?

Ein bemerkenswertes Urteil des Breslauer Oberlandesgerichts

Im vorigen Jahre, als in Mittelschlesien der bekannte Gymnastambau eingeweiht wurde, hielt der dortige Landrat einer der nahe der Grenze selber üblich gewordenen Reden, in der er die Abwehr der slawischen Pluten preis. Da dem für diesen Anlaß zuständigen Kopfblatt der Volkswacht, dem in Oels erscheinenden „Volkfreund“, aber bekannt war, daß derselbe Landrat kurz zuvor auf einer Autorkilofahrt von der Posener polnischen Landesausstellung sich in Krotoschin sehr viel weiter über Polen und die Polen ausgesprochen hatte, worüber ein dortiges Wochenblatt, „Gazeta Pogranicza“ berichtete, glosierte der „Volkfreund“ diesen Gegenstand unter der Überschrift „Starost Sperling in Krotoschin.“ Das Wort „Starost“ ist die polnische Übersetzung der Dienstbezeichnung Landrat, war in Anlehnung an die besagte polnische Zeitungsnote gebraucht und später einmal, auch in glatterer Weise, wiederholt worden.

Dem Landrat Sperling gefiel das aber nicht. Er fand „Starost“ sei eine Beleidigung für einen deutschen Landrat an der deutschen Ostgrenze, beantragte und erzielte tatsächlich beim Breslauer Landgericht eine einstweilige Verfügung, nach der dem damaligen Redakteur des „Volkfreund“, Genossen Reventlow, bei Strafindrohung verboten wurde, Herrn Sperling weiterhin „Starost“ zu nennen. Obwohl dies ja gar nicht beabsichtigt war, legte Genosse Reventlow gegen diese merkwürdige Entscheidung Berufung ein, da es ja nicht gleichgültig ist, ob die politische-glossierende Kritik an politischen Beamten auf dem Umweg über einstweilige Verfügungen in einer Weise eingeengt wird, die mit der verfassungsmäßig bestehenden Presse- und Meinungsfreiheit in starkem Widerspruch steht.

Das Oberlandesgericht hat denn auch die Sachlage wesentlich losgelöst von jener optionalen Psychose beurteilt, die offenbar die erste Entscheidung beeinflusste und den Antrag abgewiesen. In der Begründung wurde gesagt, daß „Starost“ keine Ehrenkränkung und daher der zivilrechtliche Schutz — der übrigens angesichts der Unterlassung einer Beleidigungsklage auch umstritten war — durch eine einstweilige Verfügung abgelehnt werden mußte.

Neuorganisation des Parteibezirks Mittelschlesien

Die durch das Ausschneiden zweier Unterbezirkssekretäre im Bereich des Bezirks Mittelschlesien der SPD. freigewordenen zwei Sekretärstellen sollen nach einem Beschluß des Bezirksvorstandes vorläufig nicht besetzt werden, da die furchtbare Arbeitslosigkeit eine finanzielle Entlastung des Bezirks und die Möglichkeit eventueller unerwarteter Wahlkämpfe entsprechende Vorzüge erfordert.

Dies führte zu einem weiteren Beschluß, nachdem die bisherige Unterbezirkseinteilung im Regierungsbezirk Breslau geändert und u. a. das Sekretariat in Waldenburg aufgehoben werden sollte. Aus den Kreisen Waldenburg, Schweidnitz und Reichenbach sollte ein Unterbezirk gebildet werden, dessen Sitz künftig in Schweidnitz wäre. Der Bezirksvorstand ging dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß die Waldenburger Parteibewegung über einen überaus aktiven und geschulten Funktionärskamm verfügt, der leichter ohne einen freigestellten Genossen auszukommen vermöge, wie die Unterbezirke der rein agrarischen Gebiete. Auf diese Weise würden an Stelle der bisherigen neun, sieben Unterbezirkssekretariate kommen.

Die Waldenburger Kreisorganisation hat sich aber mit diesem Beschluß nicht befreunden können und in einer Kreisversammlung am Sonntag beschlossen, gegen diese Neueinteilung Einspruch einzulegen. Der Kreis Waldenburg benötigt, eben wegen seiner starken politischen Aktivität das Sekretariat. Die Waldenburger Genossen ersuchten deshalb um Einberufung einer Bezirkskonferenz, die wohl voraussichtlich im August stattfinden wird.

Die Oderschiffahrt im Monat Juni 1930

Infolge des anhaltend trockenen Wetters ging die Wasserführung der Oder immer mehr zurück, so daß sich die Tauchtiefenkommission für die Oder veranlaßt sah, am 17. Juni die Mitteilung herauszugeben, daß eine Festsetzung der Tauchtiefen nicht mehr stattfände, da der Verkehr auf der mittleren Oder wegen Niedrigwassers als geschlossen zu erachten sei. Von Kamern bis Somade liegen rund 650 tiefbeladene Taktfähne verkommen.

Der Umschlagbetrieb in Coselhafen wird, solange Kahnraum noch vorhanden ist, aufrecht erhalten. Der Kahnbestand hat sich von 403 auf 126 Leerfähne vermindert.

Der Durchgang durch Schleuse Kamern zeigt folgendes Bild: Zu Berg: Richtung Cosel 168 beladene, 217 leere Rähne! zu Tal: Richtung Fürstenberg 290 beladene, 17 leere Rähne.

Deutsches Theater wird subventioniert

Eine Entscheidung des Rattowitzer Stadtparlamentes.

Das Rattowitzer Stadtparlament hatte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Vererbung des aus dem Vorjahre verbliebenen Betrages von 15 000 Mark zu befassen, der ursprünglich der deutschen Theatergemeinde vom Magistrat, aber zur Hälfte dem Verein der polnischen Theaterfreunde zugesprochen werden sollte. Nachdem in längeren Auseinandersetzungen von den Parteien für und gegen Stellung genommen worden war, wurde bei Stimmenthaltung des Korfantsklubs mit den Stimmen der Deutschen Wohlgemeinschaft und der Sozialisten beschlossen, den Betrag ungeteilt der Deutschen Theatergemeinde zuzuführen zu lassen.

Für die Teilung sprachen sich lediglich die Abgeordneten der Sanacja aus. In der gleichen Sitzung wurde ein Antrag eingebracht, den Magistratsmitgliedern die Abgabe des des Schlesischen Sejm sind, welche Ausübung ihres Mandats einen unbestimmten und unbegrenzten Aufwand zu bewahren. Dieser Antrag richtete sich gegen den Sanacja-Beigeordneten Dr. Karcz und bewog, daß er solange, wie er Beigeordneter ist, nicht gleichzeitig sein Gehalt als Bürgermeister beziehen soll. Der Antrag wurde dem Magistrat zur weiteren Entscheidung überwiesen und wird zweifellos in der nächsten Sitzung wieder aufkommen.

Kamern. Gestern Abend wurde die... (Text is partially obscured and difficult to read)

Schweidnitz. Gegen die Bahnstrafen gefahren. Auf der Straße Schweidnitz—Striegau fuhr bei Posten 125 ein Motorrad gegen die geschlossene Schranke. Wie die Reichsbahndirektion Breslau mitteilt, ist dies der einundzwanzigste Fall dieser Art im laufenden Jahr innerhalb des Direktionsbezirks.

Schweidnitz. Waldbrand. In einem zur Scholtisei Groß-Wierau gehörenden Walde brach Feuer aus dem 1 1/2 Morgen Wald zum Opfer fiel. Dem schnellsten Eingreifen der Feuerwehren gelang schließlich das Eindämmen des Brandes.

Stah. Sein Kind lebendig vergraben. Wegen Kindesmordes wurde der 23jährige Heinrich Brodthof aus Altdorf, Kreis Neurede, verhaftet, der sein uneheliches Kind wenige Stunden nach der Geburt lebendig begraben hatte. Die Tat liegt schon einige Zeit zurück. Die Anzettel erfolgte durch die Mutter des Kindes, weil Brodthof sich von ihr abgewandt hatte. Vor dem Untersuchungsrichter hat Brodthof bereits ein teilweise Geständnis abgelegt.

Vollkornhain. Das neue Stadtparlament. Starke Wahlbeteiligung war bei der Stadtverordnetenwahl am letzten Sonntag zu verzeichnen; sie betrug im Durchschnitt 80 Prozent. Durch das Ausschneiden der bisher stets präsentierten Beamtenliste erhielten die Bürgerlichen einen Stimmengewinn. Es erhielten 688 (622), SPD. 824 (609), Nazi 462 (345), KPD. 204 (116). Die Verteilung der Mandate sieht auf Grund der Verhältniswahl 7 (6) Bürger, 5 SPD., 3 Nazis und 1 KPD. vor.

Alt-Rohlfurt bei Görlitz. 100 Zentner Heu verbrannt. Hier brannte eine majestätische Scheune vermutlich infolge von Brandstiftung, mit 100 Zentner Heu und ebensoviel Stroh in der Nacht ab. Der Schaden ist sehr groß, da die Versicherungssumme bei weitem nicht ausreicht, den Verlust zu decken.

Benzig O. Am Grabe seiner Frau erhängte sich hier ein erwerbsloser Tischler, den Nahrungsjorgen lebensüberdrüssig gemacht hatten.

Gleiwitz. Vom Zuge zermalmt. An der Hindenburgbrücke wurde der frühere Eisenbahnbote Eduard Mira von dem aus Beuthen kommenden Güterzug überfahren und getötet. Mir geriet so unglücklich unter die Räder der Lokomotive, daß ihm beide Hände und ein Bein abgefahren, außerdem der Kopf zertrümmert wurde. Außerdem gingen ihm die Räder über den Leib, der schließlich verstümmelt wurde. Mir war schwer kriegsverletzt und zeitweise geistesgestört.

Königshütte. Sonntagsausflug mit Bier. Neun Einwohner unternahm mit einem Piesewagen, auf dem sie vier Fuß Bier mitführten, einen Ausflug. Als sie das Bier ausgegriffen hatten, gerieten sie mit anderen Leuten in eine Schlägerei. Drei Personen wurden sehr schwer verletzt. Die Polizei konnte die Rädelführer nur mit großer Mühe verhaften.

Rattowitz. Protest der Korfantsisten. Die Korfantspartei hielt am Sonntag hier eine Delegiertentagung ab, an der auch Vertreter der nationalen Arbeiterpartei teilnahmen.

Auf der Tagung hielt Korfants selbst ein Referat, in dem er sehr scharf gegen die gegenwärtige Regierung sprach. Der Schluß der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, der die Wiedereinberufung des Schlesischen Sejm fordert wird. Weiter wird gegen die Vertagung des Schlesischen Sejm unter Berufung auf die verfassungsmäßige Autonomie protestiert. Es wurde beschlossen, den Wojewodschaftsrat aufzufordern, bei Staatspräsidenten die Einberufung einer Sonderkession des Schlesischen Sejm zu veranlassen. Außerdem hat die Vertagung beim Staatspräsidenten wie auch beim Ministerpräsidenten gegen die Vertagung des Schlesischen Sejm protestiert.

Aus der Umgebung

Die Maul- und Klauenseuche

Ist in den Ortschaften Groß-Sitzbing und Thauer im Landkreis Breslau erloschen. Die Sperrmaßnahmen werden aufgehoben für Groß-Sitzbing mit dem 12. Juli, für Thauer mit dem 14. Juli.

Klettenberg. Kunstfahrten der Arbeiter. Kunstfahrer. Bei Kramer findet am 12. Juli in beiden Sälen ein Kunstfahrerschau statt, in der die Gaumeister Geschwister Buhle auftreten, die auf Nieder-, Hoch- und Eifellurm-Rädern bis in Schiefen Unerreichbares hieten. Die Vereinsjugend wird in Können in zwei Reigen zeigen, die Ortsgruppe Klein-Gandelschütz ihre Damenmannschaft sowie ihre erste Reigenmannschaft. Dazu kommt noch der Kunstfahrer Ruffe-Koberwitz. Eintritt 30 Pfennig.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt:
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau). Zimmer 170-171.
Telephon 590 66, 590 61
Geschloß von 8-11 und 16-19 Uhr

Bangern. Am Sonnabend, den 12. Juli, 20 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Redner ist anwesend.

Kattern. Am Sonnabend, den 12. Juli, 20 Uhr, in Tischberg im Lokal Scholz: Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Fritsch.

Steine. Am Sonnabend, den 12. Juli, 20 Uhr, im Lokal Grocholl: Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Frankel.

Groß-Seibau. Am Sonnabend, den 12. Juli, 20 Uhr, im Lokal Heide: Öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Link.

Tschischkau. Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr. im Lokal Franke: Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Apfelstädt.

Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost. Am Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 Uhr, findet in Meleschitz im Gasthaus Baum eine öffentliche Volksversammlung statt. Als Referenten haben wir den Bürgermeister von Breslau, Genossen Mach, gewonnen. Thema: „Gegenwart und Zukunft der deutschen Arbeiterchaft!“ Musikalische Darbietungen werden den Vortrag umrahmen. Frauen und Männer erscheint in Massen!

Folterungen im Betscherater Gefängnis

Mißhandlungen einer deutschen Schriftstellerin

Die deutsche Schriftstellerin Hilde Jolde Reiter, die in Belgrad verhaftet und eingesperrt wurde, hat nach ihrer Freilassung in einer Anzeige an den Ministerpräsidenten Zikowitsch ihr Martyrium ausführlich beschrieben. In der Anzeige heißt es:

„Ich, unterzeichnete Hilde Reiter, wurde von der Betscherater Polizei am 15. Mai angeblich unter dem Verdacht der Wittaterschaft beim Verfassen anonymen Briefe verhaftet, welche Tat die Polizei als Delikt gegen das Gesetz zum Schutze des Staates qualifiziert.“

„In demselben Abend wurde ich aus dem Polizeiarrest mehrmals zu kurzen Verhören berufen. Da ich bei all diesen Verhören, wie es der Wahrheit entsprach, auslagte, daß ich von der ganzen Angelegenheit keine Kenntnis habe, wurde ich am selben Abend um

Einmal kam der Polizei-Vizepräsident Woin Redic in das Zimmer und sah sich die Mißhandlung an. Ich bat ihn, er möge anordnen, daß man mit dem Prügeln aufhöre. Darauf antwortete er: „Ich bin kein Gott, mich brauchen Sie nicht zu bitten.“

Da ich bei der ersten Mißhandlung zu laut weinte, nahm der Detektiv Krajev ein schmutziges Tuch, verstopfte mir damit den Mund, während mein Kopf mit einer Decke umhüllt wurde, so daß mein Schreien von den Häftlingen nicht gehört werden konnte. Trotzdem hörten diese aber noch immer das Geräusch des Prügels.“

„Als man mir darauf um Mitternacht die Fesseln abnahm und mir den Fehen aus dem Mund zog, blutete ich; ich weinte über den Detektiv Krajev sagte aber: „Das ist noch nichts, Ihnen sind ja noch keine Zähne herausgefallen“, was der Fall sein würde, wenn ich nicht alles gestehe.“

„In der Nacht vom 19. zum 20. Mai wurde ich um 11 Uhr wieder in das Zimmer des Polizei-Vizepräsidenten Maximovic geholt, wo ich im Beisein noch eines Beamten neben seinem offenen Bett bis 2 Uhr morgens verhört wurde. Dabei zwang man mich auf ähnliche Weise wie früher, noch eine Unwahrheit zu sagen.“

„Da durch die angeführten Tatsachen die Delikte des Mißbrauchs der Amtsgewalt in enormem Umfange verübt wurden, bitte ich, daß gegen die genannten Beschuldigten die Strafuntersuchung verfügt werde.“

„Was werden die jugoslawischen Justizbehörden unternehmen, um die Schande, die sie vor ganz Europa auf sich geladen haben, zu tilgen?“



Hilde Reiter

9 Uhr aus dem Arrest in das Zimmer des Polizei-Vizepräsidenten Nikola Maksimovic gebracht, wo mich der Detektiv Krajev zu verhören begann. Dieser zeigte mir sofort einen Eisenstab und sagte: „Sie sind nicht so stark wie dieser Eisenstab.“ Darauf festete er meine Hände mit Handschellen. Er zog mich mit Gewalt die Schuhe herunter und warf mich auf den Boden. Weiter zog er meine gefesselten Hände mit Gewalt unter die Arme und zog unter den Armen über die gefesselten Hände einen Eisenstab durch. Dann kippte er mich wie einen Ball um, so daß ich ganz unbeweglich auf dem Rücken lag und meine Beine in die Luft ragten. In diesem Zustand begann er mich mit einer Gerte auf die nackten Fußsohlen zu schlagen. Dabei beschimpfte er mich fortwährend und schrie, während ich mich nicht vom Boden bewegen konnte, auf mich ein, daß ich alles gestehen müsse, was er von mir verlangte.“

„Als meine Hände schon ganz blutunterlaufen und geschwollen waren, nahm man mich die Fesseln ab und schickte mich, auf dem Gange vor der Kanzlei einige Zeit Verhaft auf und ab zu laufen. Darauf wurde die erste Tortur fortgesetzt. Man festete mich wieder die Hände, wie oben, und verfuhr mit mir auf dieselbe Weise. Daraufhin mußte ich meine Arme in ein Badewannen mit kaltem Wasser tauchen, worauf nach einer kleinen Pause die Proben wieder auf mich kamen. Die nächsten Folterungen folgten, wie ich schon oben erwähnt habe. Diese Proben wurden bis Mitternacht

Sozialistischer Frauentag

7. September 1930 in Breslau

Der 7. September soll für die Proletarierin des Bezirks Mittelschlesien zu einem Tage wichtiger Demonstration, freudvoller Erhebung und siegesbewußter Kampfbereitschaft werden.

Die Frauen des werktätigen Volkes der Stadt Breslau versammeln sich in diesem Tage mit den Genossinnen aus dem gesamten Bezirk, um unter roten Fahnen ein Bekenntnis für den Sozialismus abzulegen.

Programm:

- 6. September: Bezirks-Frauentag im Gewerkschaftshaus zu Breslau.
- 7. September: Vormittags Empfang der auswärtigen Teilnehmer. Besichtigung von Einrichtungen der Stadt Breslau und unserer Unternehmungen. Nachmittags Demonstrationen auf dem Marktplatz, gemeinsamer Gesang, Kinderchöre von fünf- bis zehnjährigen Kindern, Sprecher der SUJ, Rezitation. Ansprache und Orgelkonzerte. Abends zwangloses Beisammensein im Gewerkschaftshaus.

Genossinnen und Genossen! Küßt zum Frauentag! Spart für diesen Tag! Keine darf fehlen, die sich zu uns zählt.

Der Bezirksvorstand der SPD.
Die Programmkommission der Frauen.

Wir stützen die Republik

Wachhalt lesen wir die Volkswacht

Das Meußdörffer-Urteil

Ist der Tod der Frau Meußdörffer geklärt?

Der riesige Andrang des Publikums wurde, wie wir bereits kurz meldeten, am Dienstag abend folgendes im Bayreuther Meußdörffer-Prozess verkündet: Friedrich Meußdörffer wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und Hans Popp zu fünf Jahren Zuchthaus, Aberkennung der Ehrenrechte und Unterstellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Die Urteilsbegründung stellt sich auf den Standpunkt, daß die Geständnisse der beiden, die aber nur den Raubüberfall und bis zuletzt erklärten, daß sie sich den Tod der Frau Meußdörffer nicht erklären konnten, die Todesursache in der Verletzung und Anebenung, also als Folge des Überfalls anzunehmen und ihren Tod festgestellt hatte, wenn man sich erinnert, daß die sozialdemokratische „Fränkische Volkszeitung“ jene merkwürdige Angelegenheit ausdachte, daß der Frau Meußdörffer von dem Bruder Meußdörffers namhafte Summen in Geständnis ausbezahlt und zugesichert worden waren. Der Rechtsanwalt hat sich später merkwürdigerweise vor dieses, was wohl einzig dastehende Verfahren, einen Räuber zu verurteilen, gestellt. Das Gericht scheint mit vornehmer Diskretion die für die Familie Meußdörffer peinliche Angelegenheit hinweggegangen zu sein, wie über das Verhalten des Angeklagten, der die Polizei erst nach überstürzener Nacht in gewaltsamen Tod seiner Frau unterrichtete.

Meußdörffer und Popp sind verurteilt, wahrscheinlich nicht zu lebenslänglichem Zuchthaus, aber sicher zu hart für den ausschließlich erwiesenen Mord. Der Tod der Frau Meußdörffer aber scheint ebensogeklärt, wie die Explosionskatastrophe, die das Haus des Meußdörffers in die Luft sprengte und seiner Mutter das Leben raubte.

Einen Sportgast ins Gefängnis geschickt

Unmögliches Schnellgerichtsurteil

Der französische Schwimmer Cuvelier, der am Sonntag an dem Länderkampf Frankreich-Deutschland teilnahm, wurde am Dienstag von dem Schnellgericht in Zeitz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Hege der nationalsozialistischen Presse gegen die an dem Länderkampf beteiligte französische Mannschaft führte in Zeitz zum Montag zu Zusammenkünften, in deren Verlauf man, der den Streit schlichten wollte, mehrere Messerstiche als Urheber der Tat wird der verurteilte französische Schwimmer bezeichnet, ohne daß aber bestimmte Anklagen dafür vorlägen. Die französische Botschaft in Berlin hat den Vorfall bei der Reichsregierung bereits interessiert. Das Urteil gegen den französischen Schwimmer hat selbst in den Kreisen der Stadt ziemlich Empörung aus-

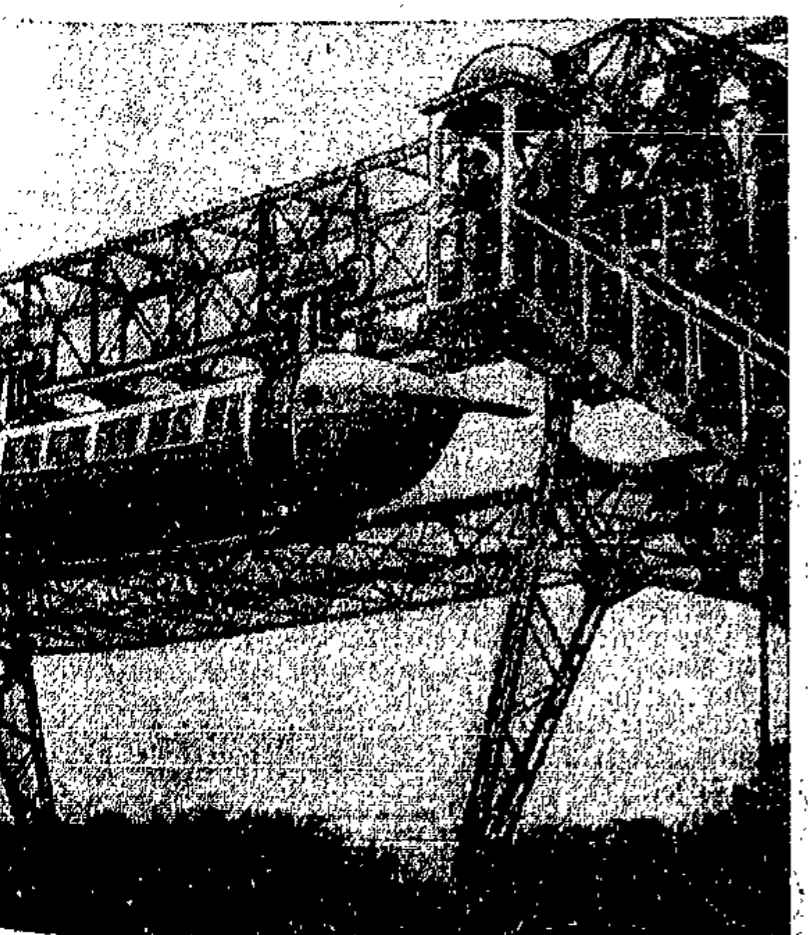
gelöst. Gegen eine Sicherheit von 2000 Mark ist Cuvelier freigelassen worden und mit seinem Sportkameraden bereits wieder nach Frankreich abgereist. Er hat gegen das Urteil Berufung eingelegt und gegen den Haftbefehl Beschwerde erhoben.

Das Unglück bei Bornholm

Die Luftkassa Stettin teilt auf Grund ihrer Nachforschungen mit, daß die bisher vermischten fünf Opfer der Katastrophe des Dampfers „Wald“ in der Ostsee zweifellos den Tod in den Wellen gefunden haben. Die Nachricht eines dänischen Schoners und der Rettung, daß ein anderes Schiff zwei Personen gerettet habe, hat sich als falsch herausgestellt. Es müsse damit gerechnet werden, daß vier Passagiere und der Bordfunker ertrunken seien.

Der tote Bordfunker ist ein Stettiner. Der ertrunkene Kapitän Krakelsberg stammt aus Köln, ebenso der von der

50 Kilometer Stundengeschwindigkeit



Die bei G. I. a. s. o. (Schottland) erbaute Schwebekranbahn, die die beiden größten Wagen haben Propellerantrieb und hängen am Drahtseil an einer Seilbahn, während die untere Seilbahn für Stromzuführung und Stabilisierung der Fahrt sorgt.

Katastrophe betroffene Bruder des Journalisten Birk von der „Kölnischen Zeitung“. Die beiden anderen ertrunkenen Personen waren amerikanische Eheleute. Das Schiff, das angeblich noch zwei Passagiere gerettet haben soll, ist ein deutscher Motorsegler, der inzwischen in Greifswald eingelaufen ist. Der Kapitän sagte aus, daß er am Unglückstage abends gegen 8 Uhr unweit von Bornholm im Wasser einen länglichen schwarzen Körper habe schwimmen sehen. Daneben habe bewußtlos oder leblos eine blonde Dame in einer Schwimmmütze getrieben. Es sei der Besatzung keine Schiffe gelungen, die Schwimmbänder der Schwimmmütze mit einem Bootshaken zu fassen. Als die Frau dann hochgezogen werden sollte, seien die Bänder gerissen. Die Dame sei ins Wasser gefallen und sofort verunten. Der Segler sei noch einige Zeit in der Nähe der Unglücksstelle geblieben, ohne jedoch weitere Menschen entdecken zu haben.

Auf Bornholm fand gestern vor dem dortigen deutschen Konsul die sogenannte „Berklärung“ statt, bei der Flugkapitän Kühring die notwendigen Erklärungen abgab. Auf Grund des hiermit aufgenommenen Protokolls wird dann das zehnjährige Gesamt in Stettin die weiteren Formalitäten erledigen. Die Luftkassa hatte Kühring, den Führer des Schoners „Maja“, vernachlässigen lassen und eine Sonderkommission nach der Insel Niens entsandt, um den Kapitän des Motorseglers „Spes“ über seine Wahrnehmungen an der Unglücksstelle zu hören. Dieser Kommission hat sich der Bruder des ertrunkenen Verwaltungsbeamten Otto Birk aus Stuttgart angeschlossen.

Opfer der See

Im Ostseebad Misdrön sind am Mittwoch bei hohem Wellengang der aus Berlin stammende Bankbeamte Dr. jur. Hans Mächtig und seine Gattin beim Baden ertrunken. Das

Saben Aerzte gemordet?

Dieser Artikel des Genossen Böchel-Chemnitz wurde vor der Bekanntgabe der trotz vorsichtiger Ausdrucksform vermißten Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes geschrieben. Er hat trotzdem nichts an Aktualität verloren. Die Redaktion.

Nun es ist so weit! Was man schon seit vielen Tagen mit Grauen empfindend, was Sachverständige und Laien dachten, ohne es auszusprechen, weil man juristisch über die Verantwortlichkeit des Gedanken, das steht heute wie eine riesengroße Frage vor dem Gewissen der Öffentlichkeit: Haben Aerzte mit Vorbedacht und voller Kenntnis ihrer Tat unschuldige Kinder gemordet, um die Spuren einer sträflichen Nachlässigkeit zu verwischen?

Das ist jetzt keine Angelegenheit mehr, die nur Lübeck und die Sachverständigen angeht. Nein, diese Frage berührt das ganze Vertrauensverhältnis der lebenden Menschheit zu den Aerzten, sie richtet sich an die Wissenschaftler, ob ihnen die Berufssolidarität mit schuldigen und im weiteren Verlauf der Dinge vielleicht verdächtigsten Kollegen höher steht als das Wohl der kranken Patienten, sie

heißt Antwort

von den Richtern, ob ein Verbrechen, begangen mit der Infektionsnadel des Bakteriologen, anders beurteilt werden darf als die blutige Tat dessen, der mit dem Messer seine Mitbürger beseitigt. Gewiß: Andere Anklage ist furchtbar hart, und die Verantwortung für solche Worte ist ungeheuer schwer, rühren sie doch, auch wenn sie nur in der Form des Verdachts ausgesprochen werden, schon tief in an jenen autojugeitiven Heilfaktor im Menschen, ohne den kein Arzt auskommt, und der einen Christus wie einen Cäsar bei ihnen „Wundern“ an der Seite stand: der unbedingte Glaube an die über alles erhabene Vertrauenswürdigkeit des Arztes.

Das steht auf dem Spiel und mehr dazu. Aber dieses Vertrauen kann nicht wieder hergestellt werden durch Verschweigen. Die 45 kleinen Särgen in Lübeck, die Tränen der Müller, die auf den Rat der Aerzte und Hebammen ihren Kindern selbst die tödlichen Bazillen einimpften, und die dann in unvorstellbar qualvollen Wochen am Bett ihrer Kleinen das langsame Sterben verfolgten, ohne helfen zu können — das alles schreit so nach Leichter und zeitloser Aufklärung, daß Schweigen ein weiteres Verbrechen wäre.

Registrieren wir kurz und in allgemeinverständlichster Form die Entwicklung der furchtbaren Affäre. Seit 20 Jahren züchtet der französische Tuberkuloseforscher Calmette einen von Kindern entnommenen und ursprünglich sehr giftigen Tuberkelbazillus, der in einem ganzen Stamm aus gallischen Kariakoffelnäherboden eingepflanzt und nach einem besonderen Verfahren so lange umgezüchtet wurde, bis die Giftigkeit nach etwa 230 Umpflanzungen so weit abgeschwächt war, daß der Bazillus bei Tierversuchen sich als absolut unschädlich erwies. Diese Tiere, meistens Meerschweinchen, wurden nach ihrer Impfung besonders scharf der Tuberkuloseansteckung ausgesetzt, durch künstlich herbeigeführte Erkältungen wurde ihre Widerstandskraft herabgesetzt, aber selbst unter diesen disponierenden Verhältnissen blieben die Tiere tuberkulosefrei. Die „gezüchteten“ Bazillen — wenn man zum besseren Verständnis so sagen darf — verhinderten die giftigen, die „virulenten“ Bazillen daran, sich kolonienweise im Körper anzusiedeln und die Organe zu zerstören.

Langsam und vorsichtig ist man dann dazu übergegangen, das Calmette-Mittel auch

an Menschen zu erproben.

Da die Eingangsstation für den furchtbaren Mörder der Menschheit, den Tuberkelbazillus, sehr oft auf dem Wege des Magen-Darmkanals liegt, und da die Ansteckung häufig schon bei den Neugeborenen stattfindet, so erfolgt die Verabreichung des Schutzmittels in der Form der Verflüssigung schon in den ersten Lebensstagen, weil dann die Darmmuskulatur die beste Durchlässigkeit aufweisen. Dieses Schutzmittel, kurz BCG genannt, ist bis heute an etwa 400 000 Kindern angewandt worden, ohne daß irgendwo eine Schädigung eingetreten wäre, geschweige eine so furchtbare Katastrophe wie in Lübeck. Wie ist das zu erklären? Ist die tödliche Eigenschaft der ehemals giftigen Bazillen trotz zwanzigjähriger Abschwächung plötzlich wieder aufgebrochen? Oder hat man etwa in Lübeck die von Calmette genau formulierten Vorschriften außer acht gelassen? Ist in dem Lübecker Laboratorium eine tragische Verwechslung passiert? Wie wir zuverläßig hören, haben die Hebammen in Lübeck für jeden Fall der Verflüssigung des — auf festem Nährboden gezüchteten — Calmettepräparats Bräunten erhalten. Diese Verstopplung wissenschaftlicher Experimente mit Verdrängung ist wohl ein bisher einzig dastehender Skandal. Redaktion.

Was nun kommt, läßt wie in einem Wetterzeichen die ganze Gefahr erkennen, die gewissenlose Aerzte über die Menschheit zu bringen imstande sind: Am 27. Juli des vorigen Jahres

Erche wurde von einer hohen Welle erfasst und von der starken Strömung mitgerissen. Als die schnell herbeigeilten Fischer die Verunglückten geborgen hatten, war bereits der Tod eingetreten. Der am Strande zurückgebliebene sechsjährige Sohn des Ehepaars hat das Unglück mit ansehen müssen.

Ein angenehmer Liebestrank

Menschliches Gehirn als Zaubermittel

Das im südbulgarischen Rosental liegende Städtchen Koolfer erlebte dieser Tage ein nicht alltägliches Vorkommnis, das die Bevölkerung in helle Aufregung versetzte. Eine Frau, die sich am frühen Morgen auf den Friedhof begeben hatte, um dort am Grabe ihres erst wenige Tage zuvor beerdigten Mannes zu weilen, fand das Grab geöffnet und — zu ihrem Entsetzen — die Leiche des Kopfes beraubt. Die Polizei vermutete zunächst einen nichthiesigen Raubhehl, denn der Tote hatte viele Feinde. Einige Leute wurden verhaftet und verhört, mußten aber wieder freigelassen werden, da ihr Mißbitt einwandfrei war.

Wenige Tage später beobachteten Schüler, wie sich einige Straßenhunde auf einer Baustelle in der Nähe des Friedhofs um einen menschlichen Kopf baggten. Es war der Schädel der geschilderten Leiche. Von dem Schädel war die obere Decke fein säuberlich abgemeißelt und das Gehirn herausgenommen worden. Dieser Umstand gab der Polizei einen bestimmten Fingerzeig. In der Peripherie der Stadt wohnte eine alte Zigeunerin, der schon lange unheimliche Dinge nachgesagt wurden. Die Alte wurde viel aufgesucht und galt als Helferin in allen möglichen schwierigen und auch dunklen Fällen. Die Polizei nahm die Zigeunerin fest. Das nach „bewährten“ balkanischen Methoden vorgenommene Verhör ergab schnell, daß die Alte zusammen mit ihrem Sohn Gran und Sarg geöffnet und den Leichnam geschändet hatten. Zur Verzeihung eines Zauberkrautes, den ein abgewiesener Verliebter der kalten Angebeteten eingehen sollte, um sie für sich zu gewinnen, hatte sie ein menschliches Hirn benötigt, in dessen Besitz sie sich auf diese schaurige Weise lezte. Um die „Schtheit“ und „Wirksamkeit“ des Rezeptes zu belegen, zeigte sie den Behörden ein uraltes Rezeptbuch in türkischen Schriftzeichen vor, das tatsächlich dieses graufige „Zaubermittel“ empfiehlt.

erhielt der jetzt wegen fahrlässiger Tötung angeklagte Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes — welche Ironie dieses Wortes —, der Obermedizinalrat Dr. A. I. f. a. e. d., von Calmette eine Kultur des BCG-Mittels aus dem Stamm Nr. 734.

Aus demselben Stamm

gingen Kulturen nach Riga und Mexiko, aus demselben Stamm und kein Kind ist gestorben. Und immer wieder erhebt sich die furchterliche Frage: Was ist dann aber in Lübeck passiert? Hören wir weiter! Wie der vom Reichsgesundheitsamt mit der Unterzuchtung beauftragte Professor Ludwig Lange feststellte, ist die Weiterzüchtung der Bazillen in Lübeck nicht, wie Calmette vorschreibt, auf Kartoffelnährboden, sondern auf Eiernährboden erfolgt. Mit der Züchtung wurde eine Schwebel betraut, die jetzt gleichfalls unter Anklage steht. Und weiter befand der untersuchende Professor, daß in dem gleichen Raum, in dem das Heilmittel hergestellt wurde — wenn auch abgetrennt und in einem besonderen Brutschrank — sich ein — giftiger Tuberkelkern befand. Und nun folgt Schlag auf Schlag. Im Februar „impfte“ man 245 Kinder. Manche Kinder haben einen Teil der Schutzbazillen wieder ausgebrochen, sie sind am Leben geblieben. In der Entbindungsanstalt hat man den Säuglingen in frühster Morgenstunde, um 4.15 Uhr, den Impfstoff bei völlig leerem Magen verabreicht — sie sind fast alle von der schrecklichen Krankheit hingerafft worden. Die Magenmuskulatur haben hier das tödliche Gift auf dem schnellsten Wege weitergetragen. Am 17. April

starb das erste Kind.

Die Sektion wurde verweigert, die Todesursache konnte nicht genau festgestellt werden. Am 20. April starb das zweite, am 23. April das dritte, am 26. April das vierte Kind. Unangenehm lag die Mütter. Nun war kein Zweifel mehr: Die Sektion ergab, daß die Kinder tuberkulosevergiftet waren. Da erlitt Prof. Deyke, der Hauptverantwortliche für das Laboratorium, jenen schlimmen Nervenzusammenbruch, der ihn allen noch vorhandenen „Impfstoff“ schleunigst vernichten ließ, angeblich, um „jede weitere Verwendung mit Sicherheit auszuschließen“, wie wörtlich Prof. Lange sagt. Das muß man sich vorstellen: Ein alter, abgegriffener Tuberkulosefachmann, der Tausende von Menschen sterben gesehen hat, gerät plötzlich in eine so schreckliche Erregung, daß er — das Hauptbeweismittel für seine Fahrlässigkeit vernichtet. In seiner leidenschaftlichen Affektbehandlung tut er ausgerechnet das, was seiner wertigen Person am günstigsten ist. Im übrigen aber vertraut er auf das „Gutachten“ seiner Kollegen und auf die Toleranz des Staatsanwaltes. „Dem Volke muß die Medizin erhalten bleiben!“

Das Gräßlichste aber folgt nun. Das kann man nicht mehr mit fahrlässiger Tötung, nein, das kann man

nur noch mit Mord bezeichnen,

wenn bewiesen wird, was der Untersuchungsausschuß der Lübecker Bürgerschaft behauptet:

„Zur Rettung ihres Preitiges sollen die beteiligten Aerzte noch bis zum 1. Mai die Verflüssigung des giftigen Impfstoffes zugelassen haben, obgleich am 26. April spätestens die tödliche Wirkung durch Dehnung der Leichen erwiesen war!“

Anstatt nach dem ersten Todesfall sofort Alarm zu läuten, die Polizei zu benachrichtigen, daß sie durch Rundfunk und Schildern alle Hebammen angewiesen hätte, kein Atom des Giftes mehr zu verabreichen, statt dessen lassen diese Aerzte das Mittel ruhig weiter anwenden, bis es — auch von den Hebammen aufgebraucht ist. Bis heute ist nicht bekannt, daß der Staatsanwalt oder die untersuchenden Professoren noch ein Quantchen des Giftes irgendwo aufgespürt hätten.

Ist das nicht toll, ist das nicht ungeheuerlich? Erst vernichtet der Herr Professor die verräterischen Bazillen in seinem Brutschrank, weil er „jede weitere Verwendung mit Sicherheit auszuschließen“ will und weil er keine andere Möglichkeit dafür kennt, als sie in den Ausguß zu schütten, dann aber breitet sich Dunkelheit über kein sonst so logisches Gehirn, und er sieht nicht all die vielen Hebammen, die in diesem oder im nächsten Augenblick die unschuldigen Kinder auf den Arm nehmen und ihnen den Tod einflößen.

Es ist ein erschütternder Abgrund bürgerlicher Berufsethik und verlogener Preitigepolitik, den die 45 Kindergräber aufgerissen haben. Und wenn je Duffens Wort Geltung hatte, so hier: Die Wahrheit ist im Auge der Welt. Kai. Böchel-Chemnitz.

Die Zahl der Todesopfer bei den mit dem Tuberkulosepräparat gefütterten Säuglingen lag bei, wie das Lübecker Gesundheitsamt bekannt gibt, vom Sonntag bis Montag um drei weitere Todesfälle auf 33 erhöht. Krank sind 88, gestorben 73, gesund 60 Kinder.

Internationaler Gewerkschaftskongress

Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik — Abrüstung und Frieden

Stockholm, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress wurden am Mittwoch vier große Referate über das Wirtschafts- und sozialpolitische Programm, über die Abrüstung und die Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie erstattet.

Wilhelm Eggert vom IGBW legte dem Kongress die Richtlinien für die zukünftige Wirtschaftspolitik des IGBW vor, wobei er einleitend darauf hinwies, daß er nur als Stellvertreter des kranken Reichspräsidenten Vesperti spreche. Eggert betonte die Notwendigkeit, sich auf dem Stockholmer Kongress für ein gemeinsames weltwirtschaftliches Programm zu entscheiden. Das rasche Wachsen der Gewerkschaftsbewegung bringe eine Erweiterung des Aufgabenspektrums mit sich. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo der IGBW sich nicht mehr nur mit sozialpolitischen Fragen beschäftigen dürfe, sondern auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine klare Stellung einnehmen müsse. Die letzten Jahre hätten eine günstige Veränderung des Wirtschaftslebens gebracht. In der Beurteilung der eigentlichen Ursachen der jetzigen allgemeinen Schwermut müsse jedoch die Gewerkschaftsbewegung von der Einstellung der bürgerlichen Nationalökonomie ab: „Woran die Welt leidet, das ist nicht die Überproduktion, sondern Unterverbrauch“. Ziel der internationalen Aktion müsse es daher sein, die Konsumtionsfähigkeit der einzelnen Länder zu erhöhen. Ein einheitliches Vorgehen der verschiedenen Landesgewerkschaften sei erforderlich, jedoch in dem Sinne, daß nationale Eigenheiten berücksichtigt bleiben. Wichtige Forderungen für die Erreichung des gemeinsamen Zieles seien die Errichtung einer internationalen, etwa dem Völkerbund angeschlossenen, Schiedsinstitution in wirtschaftlichen Fragen wie zum Beispiel für Handelskriege, Kartelle- und Trustfragen.

Mertens-Belgien unterbreitete dem Kongress einen vorläufigen Entwurf für ein sozialpolitisches Programm des IGBW. Er hob hervor, daß sozialpolitische Maßnahmen auf einer großen Reihe von Gebieten erforderlich seien. Am wichtigsten sei es, einen Anfang zu machen, wo die Frage der Arbeitszeit besonders herausgreifen. Von der Vorkriegsgewerkschaft sei eine Anregung ergangen, die Festsetzung einer wöchentlichen Arbeitszeit von vierzig Stunden zu erstreben. Dies sei gewiß im Sinne der internationalen Gewerkschaftsbewegung, ja bei fortwährender Rationalisierung könne sich auch diese Arbeitsdauer als zu lange erweisen und man werde vielleicht im Laufe der Zeit zu einem sechsstündigen Arbeitstag gelangen. Die prinzipielle Frage müsse jedoch von der tatsächlichen gelöst werden. Im Augenblick glaube er, dem Kongress eine vierundvierzigstündige Wochenarbeit als vorläufiges Ziel vorzuschlagen zu müssen. Man dürfe hoffen, daß allmählich ein Angleich der Arbeitsdauer in Ländern wie Indien, in denen trotz des Washingtoner Abkommens noch teilweise zehn bis zwölf Stunden pro Tag gearbeitet werde, an die verminderte Arbeitsdauer der europäischen Staaten stattfinden werde.

Die Deutschland ganz besonders interessierende Frage „Abrüstung und Frieden“ wurde von Léon Jouhaux-Frankeich behandelt. Er erklärte unter Hinweis auf Artikel 8 des Versailler Vertrages, wonach die alliierten Staaten der Abrüstung Deutschlands und Österreichs zu folgen haben, daß diese Forderung bisher keineswegs gezogen sei. Der gegenwärtige Zustand könne nicht anders als unerträglich bezeichnet werden. Offenbar gebe es zwei Arten von Frieden, den bewaffneten und den wirklichen Friedenszustand. Bis jetzt lebten wir im erstgenannten. Aufgabe der internationalen Gewerkschaftsbewegung müsse es sein, zusammen mit der politischen Organisation der internationalen Arbeiterklasse den zweiten Zustand zu erzwingen. Dies könne geschehen durch Überwachung der Rüstungsindustrien und Verhinderung des Waffenschmuggels. Die Verwirklichung dieser Forderungen sei eine Notwendigkeit für die gesamte Menschheit.

Das letzte große Referat: Die Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie, wurde von G. Hids-Großbritannien gehalten. Hids betonte, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung sich der großen Gefahren, die Diktatur und Reaktion für ihre Ziele bedeuten, bewußt sein müsse. Diktatur, einerseits, ob sie aus Rom oder Moskau komme, sei ihren Bestrebungen entgegengesetzt und müsse abgelehnt werden. Die Geschichte warne die jetzigen Machthaber; weder Gewalt noch andere Unterdrückungsversuche könnten die Arbeiterbewegung niederzwingen. Diktatur bringe nicht die besten Charaktere ans Licht, sondern Spione und Angeber. Ziel der internationalen Gewerkschaftsbewegung müsse es sein, Versammlungsfreiheit, Freiheit des Zusammenschlusses und wenn erforderlich, auch Streikfreiheit in der Welt zu erzwingen. Man müsse sich deshalb in Stockholm auf energische Maßnahmen einigen. Hids schloß: „Was wir wollen, ist die Befreiung der Massen von der Herrschaft der Wenigen“.

Als erster Diskussionsredner sprach J. Szomley-Großbritannien. Er forderte in der Abrüstungsfrage eine scharfe und praktisch bedeutungsvolle Entschiedenheit sowie eine Antwort auf die wichtige, bisher noch unbeantwortete Frage, was aus den Arbeitern werden soll, die die Rüstungsarbeit verweigern und deshalb brotlos werden. — Suozzi-Italien verlangte, daß das Diktaturproblem in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt werde; denn es sei gegenwärtig die Kernfrage Europas. An allen Enden des Erdballs zeigten sich Reaktionserscheinungen, und die Erfahrung der italienischen Arbeiterklasse habe mit unheilvoller Deutlichkeit gelehrt, daß errungene demokratische Fortschritte nur allmählich wieder entziffen werden können, wenn die Arbeiter nicht wachsam genug seien. In jüngster Zeit sei es der italienischen Gewerkschaftsbewegung erfreulicherweise gelungen, sich von den schwarzen Schlangen etwas zu erholen. Suozzi bat schließlich um die Sympathien des Kongresses für die mit großen Schwierigkeiten kämpfende italienische Gewerkschaftsbewegung.

Dausuchung im Arbeiterheim zu Krakau

Der am 29. Juni stattgefundene Oppositionskongress in Krakau, an dem polnische Arbeiter, Arbeiterinnen und Verbände teilnahmen, wurde von der Regierung durch die Beschlüsse der Arbeiter gegen die Diktatur und die Beschlüsse der Arbeiter gegen die Diktatur und die Beschlüsse der Arbeiter gegen die Diktatur...

ganze Rolle uniformierte und Kriminalpolizei wurde zu diesem Zweck aufbehalten. Es wurden der Reihe nach durchsucht: die Redaktion des „Praprob“, die Büros der einzelnen Klassenkampf-gewerkschaften und des Bezirkspartei sekretariats. Die Untersuchung, die von 11 Uhr nachts bis 2 Uhr morgens dauerte, ergab als Befragungsmaterial ein paar Dutzend Ausrufe zu dem Kongress und ein paar Abdrucke des Leiters von dem Arbeitermeister des polnischen Sozialismus Umanowski (einige 90 Jahre alt) an den polnischen Staatspräsidenten gerichteten offenen Briefes, welcher beschlagnahmt wurde. Außerdem wurde eine Mitgliedsliste des sozialistischen Ordnungsdienstes mitgenommen. Material für die Vorbereitung des Bürgerkrieges wurde nicht gefunden.

Fimmen organisiert die polnischen Transportarbeiter

Der Generalsekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes, Edo Fimmen, hat in Gdingen einen Besuch abgestattet, der, wie die Warschauer Presse berichtet, mit den organisatorischen

Das soll ihnen niemand glauben Agrarier konstruieren Bedarf an polnischen Arbeit

Die Agrarier fürchten für ihr Polenkontingent. Sie merken, daß die Öffentlichkeit gegenüber ihrem Gerede, sie könnten ohne Polen die schwere landwirtschaftliche Arbeit nicht erledigen, mißtrauischer geworden ist. Sie bauen daher rechtzeitig vor, wie ein Rundschreiben zeigt, das der land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband des Kreises Oshersleben e. V. am 6. Juni versandt hat. In dem Rundschreiben, das die Bemerkung „streng vertraulich“ und „durch geschlossenen Brief“ trägt, wird zunächst darauf aufmerksam gemacht, daß die Gewerkschaften eine äußerst rege Tätigkeit zur Herabsetzung des Kontingents ausländischer Wanderarbeiter entfalten. Es heißt dann weiter: „Bei irgendetwas, auch vorübergehenden Arbeiterbedarf bitten wir, Arbeiterinnen stets schriftlich für die betreffende Arbeit beim Arbeitsamt Nordhaz zu anzufragen (Schriftliche Zusage beim Arbeitsamt). In den meisten Fällen wird das Arbeitsamt den Bescheid erteilen, daß es weibliche Arbeitskräfte nicht vermitteln kann. Diese Bescheinigung ist sehr wertvoll für die nächstjährige Polenbeschaffung, und bitten wir, dieselbe uns abschriftlich oder im Original zuzufenden. Dieses Verfahren muß auch bei Arbeiterbedarf in der Ernte und beim Dreschen wiederholt werden. Es schadet auch nichts, wenn andere Mitglieder, die keine Polen beschäftigen (!), in gleicher Weise vorgehen. Diese haben jedoch aus begründeten Gründen dieses Rundschreiben nicht erhalten. Sie müssen also, sobald sie gesprächsweise hören, daß auch anderweitig Arbeiterbedarf vorhanden ist, auf diesem Wege die Herren in Ihrem Orte aufmerksam machen.“

Protestkundgebung des Reichsmietertages

Der Reichsmietertag des Reichsbundes deutscher Mieter in Braunschweig gestattete sich zu einer großen Protestkundgebung. Dem Geschäftsbericht erstattete der Bundesvorsitzende Pieper-Berlin. Er führte u. a. aus: Bis zur völligen Beilegung der Wohnungsnot muß die jetzige Mieterrückgehebung e. halten und verbessert werden. Ein soziales Miet- und Wohnrecht kann nur als Dauerrecht an die Stelle der mietrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches treten. Die einzelnen Länder haben von den ihnen durch das Reichsmietengesetz und das Mieterrückgehebungsgesetz eingeräumten Recht, die Mietrückgehebung nach Gutdünken abzubauen, allzu reichlich Gebrauch gemacht. Dadurch ist ein Ausbruch unlerer Kleinrenten, eine betrübliche Rechtsunsicherheit entstanden. Wenn man die Mietzinssteigerungen im Reich zusammenstellt, so ergibt sich ein außerordentlich buntes Bild. Neben der reichsgerichtlichen Mindestmiete von 120 Prozent bestehen in den einzelnen Ländern und Gemeinden so vielfache und so verschiedenartige Umlagen, daß die tatsächlich gezahlte Miete heute zwischen 120 und 150 Prozent der Friedensmiete schwankt. Vielfach ist es durch Gemeindeumlagen schon sogar dahin gekommen, daß der Satz von 150 % der Friedensmiete in einigen Orten bereits überschritten ist, während anderwärts noch Sätze von 125 bis 180 Prozent bestehen. Das Problem der Hauszinssteuer ist seiner Lösung noch nicht näher gekommen. Im Reichstag liegt immer noch das Gesetz über den Geldwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken, das die Hauszinssteuer in eine Wertersatzsteuer und in eine Sachwertungssteuer trennen und dem Hausbesitzer die Garantie geben will, daß er in absehbarer Frist in den vollen Genuss der den Hypothekengläubigern entzogenen Kapitalien gelangt. Der Reichsbund deutscher Mieter steht demgegenüber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Entlohnung der Hypothekengläubiger nicht zu einer Bereicherung des privaten Hausbesitzes führen darf. Er stellt erneut die Forderung auf, daß alsbald geeignete Maßnahmen getroffen werden, die das verhindern. Gegenüber der Hauspartikularbewegung (die ja auch von den freien Gewerkschaften abgelehnt wird, Neb.), nimmt der Reichsbund eine reservierte Stellung ein, weil die verschiedenen Systeme des Kapitalismus zu vielen Bedenken Anlaß geben, die bis heute noch nicht beseitigt sind.

Ueber die Rückzahlung der sogenannten Aufwertungs- und Hypotheken machte der Redner folgende Ausführungen: Der Zinsfuß für diese Hypotheken ist reichsweit bis zum 1. Januar 1922 auf 5 Prozent jährlich beschränkt. Am 1. Januar 1922 mußten diese Hypotheken zurückgezahlt oder so umgewandelt werden, daß der Zinsfuß nicht über 5 Prozent betragen darf. Der Reichsbund deutscher Mieter hat sich für die Rückzahlung der Aufwertungs- und Hypotheken vor, indem er sich denjenigen Hausbesitzern, die am 1. Januar 1922 nicht die Rückzahlung der Aufwertungs- und Hypotheken leisten konnten, einen Weg offen, auf dem ihnen ein erhöhter Zinsfuß

Bestrebungen der polnischen Arbeiterklasse in der Zukunft zusammenhängt.

Sassenbach zur Sitzverlegung des IGBW

Der Generalsekretär des IGBW, Sassenbach, hat das Organ des Niederländischen Gewerkschaftsbundes „De Arbeiders Stem“ zur Frage der Sitzverlegung Stellung genommen. Er ist der Auffassung, daß auf dem Stockholmer Kongress eine Mehrheit für Berlin zu rechnen sei; die deutsche Arbeiterbewegung werde jedoch den Sitz nur dann übernehmen, wenn die Mehrheit zahlenmäßig und auch moralisch groß sei.

Ein Erfolg

der Arbeiter bei Siemens-Schudert

Offen, 9. Juli. (Eig. Funkber.) Die in der Abwehr gegen den Abbau der Alford bei den Ausland getretene Belegschaft der Siemens-Schudert in Wülheim a. d. Ruhr wird heute die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem die Betriebsleitung zugestimmt hat, die Gehaltsklausel bestehen bleibt. Die Arbeitnehmer des Bergbau-Kontingents, das nach Verhandlungen mit dem Betrieb im Laufe der nächsten Woche die Belegschaftsziffer um 1000 vermehrt werden soll.

Das soll ihnen niemand glauben Agrarier konstruieren Bedarf an polnischen Arbeit

Das ist deutlich. Hier liegt ein einwandfreier Beweis vor, daß die Agrarier das heutige Polenkontingent o h n e s i c h t auf den deutschen Arbeitsmarkt beibehalten wollen. Es steht ganz so aus, als ob die Agrarier erteilten Bescheinigungen der Arbeitsämter bei Nachfrage nach heimischen Arbeitskräften förmlich wünschen. Die Arbeitsämter sollten daher den landwirtschaftlichen Unternehmern fremde Arbeitskräfte beschaffen, etwas genauer auf die Bescheinigungen sehen. Im nächsten Jahr muß das Polenkontingent unter Umständen sehr kräftig getürzt werden. Den durch die strukturellen Veränderungen der Industrie für immer freigelegten Arbeitskräften bleibt nichts anderes übrig, als sich nach anderen Beschäftigungsmöglichkeiten umzusehen. Die Landwirtschaft muß, ob sie will oder nicht, Teil dieser Arbeitskräfte — natürlich nicht zu Polen-Löhnen aufnehmen.

Die Alforddifferenzen im Neuenbau

Sinke-Hofmann-Buschwerke A.-G., Breslau über welche die „Weltwoche“ am 2. 7. 1930 berichtete, sind Erfolg für die Kollegen beigelegt. Die Arbeit wurde am Montag dem 7. Juli 1930 wieder aufgenommen.

995 000 Fordwagen im 1. Halbjahr 1930

Die Ford Motor Company in Detroit hat im ersten halben Jahr 1930 rund 995 000 Wagen produziert. Zahl umfaßt nur die amerikanische Produktion.

Die Dillerleute gegen die Konsumvereine

Im Mecklenburg-Schweriner Landtag hatten die Nationalsozialisten einen Gesetzentwurf betreffend Warenhaus- und Konsumvereine eingebracht, der sich in der Hauptsache auf die Konsumvereine richtete. Die Antragsteller fanden jedoch die wichtigsten Bürgerlichen Parteien rebete, sprach sich gegen den Entwurf aus.

Der Seatonhandbericht des Deutschen Bauernvereins

Der Seatonhandbericht des Deutschen Bauernvereins weist auf die großen Schädigungen infolge des trockenen Winters hin, die besonders für Sommergetreide festzustellen sind. Der Bericht beschränkt sich, ähnlich wie der Bericht des Reichsbauernvereins, auf die wichtigsten Getreidearten, die in den letzten Jahren eine betrübliche Entwicklung erfahren haben. In der letzten Zeit ist ein Anstieg der Preise zu verzeichnen, was auf eine Milderung der